Einzelpreis 10 Pfg • Jahrgang 2 | Mittwoch, den 9. April 1919 | Nummer 170 • Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatl. 2,50 M., bei Zustellung unter Streifband 4,50 M. Die „Freiheit" ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III, Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtgespalt. Nonpareillezeile oder deren Raum 80 Pf., „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf. Teuerungszuschlag 50 %. Bei Familien- und Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 9706.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Bruch zwischen Bayern und dem Reich.

Die Umwälzung in Bayern.

Abberufung des bayerischen Gesandten.

München, 8. April.

Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: Der Volksbeauftragte für auswärtige Angelegenheiten hat an den bayerischen Gesandten der Räterepublik Dr. v. Preger in Berlin folgendes Schreiben gerichtet:

Da das opus primum nec non ultimum des Herrn Preuß über die deutsche Verfassung für Bayern niemals bindendes Gesetz werden kann, weil ich die durch bayerisches Blut bei Wörth und Sedan erworbenen Reservatrechte Bayerns nicht preisgeben darf, ersuche ich Sie, unverzüglich dem Grafen Brockdorff-Rantzau Ihr Abschiedsgesuch einzureichen.

Zu dieser Meldung verbreitet Wolffs Bureau folgende offiziöse Note:

Trotz des Protestes gegen die Verletzung der Reservatrechte durch das Reich scheint Bayern gesonnen zu sein, nicht nur die Reservatrechte, sondern auch noch andere Rechte aufzugeben, da die Räterepublik sonst unmöglich von ihrem Gesandten verlangen könnte, sein „Abschiedsgesuch" dem Grafen Brockdorff-Rantzau zu überreichen. Im übrigen läßt das gelehrte Zitat zu Beginn des Telegramms vermuten, daß der Verfasser eine Schwabinger Kaffeehausgröße ist, die zufällig ihre Gymnasialbildung noch nicht ganz vergessen hat.

Der sämoddbrige Ton dieser offiziösen Kundgebung fordert zu der schärfsten Zurückweisung heraus. Man darf wohl von den Herren, die heute noch die Regierungsämter inne haben, verlangen, daß sie durch ihre hochmütige Ueberhebung die außenpolitischen Schwierigkeiten nicht noch steigern und das Volk noch mehr gegen sich aufreizen.

Ein nichtssagender Aufruf der Rumpfregierung.

Bamberg, 8. April.

Die Regierung des Freistaates Bayern wendet sich in einem Aufruf an das bayerische Volk, in welchem zunächst der Leiden und Entbehrungen der Kriegsjahre gedacht wird. Das Programm des durch die bayerische Volksvertretung gewählten Ministeriums Hoffmann sei Arbeit und Brot. Sodann erwähnt der Aufruf die seit Bestehen des Ministeriums zum Wohle des Staates und seiner Bürger getroffenen Maßnahmen. Schließlich fordert der Aufruf die Volksgenossen und Arbeiter auf, hinter ihre selbstgewählte Regierung zu treten und im Geiste des Sozialismus und der Demokratie im gemeinsamen Aufbau der Arbeit gegen Terror und Diktatur für die Befreiung des bayerischen Volkes und für die sozialistische Volksregierung zu wirken.

Eine Erklärung des Zentralsoldatenrats.

Der Zentralsoldatenrat des 4. A.-K. erläßt folgende Erklärung:

An alle Soldatenräte Berlins!

Abgesehen von jugendlichen Elementen hat sich die Arbeiterschaft Magdeburgs durch die Provokation Noskescher Offiziere nicht zu Ausschreitungen hinreißen lassen. Der Straßenbahnverkehr in der Stadt ruht; es ist alles ruhig. Innerlich wächst die Erregung mit der zunehmenden Aufklärung über die infamen Vorgänge, welche dazu führen sollen, den hiesigen Korps-Soldatenrat lahmzulegen und den Offizieren wieder unumschränkte Kommandogewalt zu geben. Wie bekannt wird, ist der Chef des Stabes, welcher bisher mit dem Korps Soldatenrat gut gearbeitet hat, vorige Woche abgesetzt und durch reaktionäre Offiziere ersetzt worden. Noskes Truppen stehen vor Magdeburg, um jeden Widerstand gegen die Offizierherrschaft zu brechen. Der örtliche A.- und S.-Rat hat, um Terror zu vermeiden, Belagerungszustand verhängt. In sozialistischen Kreisen herrscht zunehmende Unzufriedenheit über die Parteileitung der mehrheitssozialistischen Partei, welche mit den reaktionären Offizieren Berlins gemeinsame Sache macht.

Soldatenräte, achtet auf eure Selbständigkeit und unterstützt uns!

Die Gegenaktion der Bauern.

Nürnberg, 8. April.

Die Bauernschaft des Rieses erläßt einen Aufruf, in dem es heißt: Die Bauern Frankens, der Oberpfalz und des Rieses haben sich zu gemeinsamem Vorgehen zusammengeschlossen. Die Bauernschaft Oberbayerns, Schwabens und des Allgäus schließt sich an. Die gesamte Bauernschaft der genannten Kreise steht hinter dem Ministerium Hoffmann und erklärt dieses Ministerium und den bayerischen Landtag als gesetzliche Regierung und Volksvertretung und tut alles zu deren Unterstützung. Sie steht zusammen mit den Arbeitern und Bürgern, die auf dem Boden der ersten Revolution und des Staatsgrundgesetzes stehen. Am Dienstag, den 8. April, nachmittags 5 Uhr, wird die Lebensmittelsperre über Augsburg und München verhängt, bis in München die Räteregierung zurückgetreten ist.

Die Lage in Nürnberg.

Nürnberg, 8. April. (W. T. B.)

Der für heute morgen beabsichtigte Generalstreik ist nicht völlig gelungen. In einigen Fabriken legten die Arbeiter die Arbeit nieder und begaben sich zu einer auf 9½ Uhr vormittags nach der Insel Schütt einberufenen Versammlung unter freiem Himmel. Ein Redner teilte mit, daß die Fürther Garnison auf dem Boden der Räterepublik stehe und bereit sei, falls das dritte Armeekorps mit Waffengewalt gegen das Proletariat vorgehen sollte, sich bewaffnet hinter das Proletariat zu stellen. In geschlossenem Zuge zogen die Versammlungsteilnehmer dann nach dem Generalkommando; dort zerstreute sich nach einer Ansprache die Menge.

Der Generalstreik im Ruhrrevier.

Die Zahl der Streikenden im Wachsen.

Das äußere Streikbild ist unverändert.

Nach einer Mitteilung der Zentralstreikleitung waren heute vormittag 245 Schachtanlagen mit 396 700 Mann ausständig.

Blutige Zusammenstöße in Essen.

Essen, 8. April.

In Essen sind soeben Regierungstruppen eingerückt. Ein Gepäckwagen der Regierungstruppen blieb infolge Radbruchs an einem belebten Platze liegen. Einige junge Burschen eigneten sich von den herausfallenden Sachen einiges an und verschwanden in der Menge. Die Regierungstruppen warfen sofort wahllos Handgranaten in die Menschenmenge. Es blieben drei Tote und sechs Schwerverwundete auf dem Platze. Die Erregung der Bevölkerung ist sehr groß.

Die Willkürherrschaft.

Die „Frankfurter Zeitung" druckt den in unserer Sonntagsnummer veröffentlichten Haftbefehl Noskes ab und bemerkt dazu:

„Man wird es verstehen, wenn die Regierung der Ansicht ist, daß der Belagerungszustand nicht aufgehoben werden könne, solange die Gefahr neuer Unruhen nicht wirklich gebannt ist. Aber weder diese Gefahr noch der Belagerungszustand als solcher geben der Regierung ein Recht, die Mitglieder einer unter dem Vereinsrecht gesetzlich organisierten Partei für vogelfrei zu erklären und aus der Zugehörigkeit zu der Partei ohne weiteres einen Verdacht abzuleiten, der zur Sicherheitshaft berechtige. Das ist nicht die Methode, um wieder zu geordneten Zuständen zu gelangen, das ist ein Weg, vor dem man die Regierung nicht ernstlich genug warnen kann."

Das demokratische Blatt verurteilt also in der schärfsten Weise die Rechtunas- und Vergewaltigungsmethoden der Noske und Heine, die die schlimmsten Ausschreitungen der Wilhelmerschen Periode in den Schatten stellen.

Der „Vorwärts" jedoch hat bisher noch kein Wort der Kritik gegen dieses System gefunden, obwohl noch hunderte Opfer der Willkürherrschaft Noskes in den Gefängnissen schmachten. Im Gegenteil, er hat uns in der gemeinsten Weise der Verleumdung bezichtigt, weil wir es gewagt haben, diese Willkürherrschaft an den Pranger zu stellen. Wichtiger als der Schutz des Rechts erscheint ihm die Aufrechterhaltung eines Ausnahmezustandes, der Noske und seinen kaisertreuen Hintermännern die Möglichkeit gibt, unumschränkt zu regieren und im Namen der „Demokratie" den schlimmsten Terror zu üben. Zusammen mit der politischen Vernunft ist bei diesen Leuten auch alle Scham zu den Hunden entflohen.

Die Rätetagung.

Noch läßt sich nicht übersehen, welche Bedeutung der zweite Rätekongreß gewinnen wird, denn die wichtigen Entscheidungen, die bei den Punkten der Tagesordnung fallen werden, die den Ausbau des Rätesystems und die Sozialisierung behandeln, stehen ja noch aus. Immerhin zeigt sich, daß eine gewisse Radikalisierung bei den rechtssozialistischen Vertretern stattgefunden hat.

Dies bewies die Abstimmung über den Antrag, der die sofortige Freilassung Ledebours forderte. An sich wäre ja die Annahme des Antrags nur eine Selbstverständlichkeit. Von jeher hat die Sozialdemokratie es verworfen, daß politische Verbrecher in Untersuchungshaft gehalten werden. Die Festhaltung Ledebours ist um so sinnwidriger, da bei Ledebour selbstverständlich jeder Fluchtverdacht ausgeschlossen ist, damit aber auch der Scheingrund zur Aufrechterhaltung der Haft in Wegfall kommt. Vollends wurde es Pflicht des Kongresses, die Haftentlassung Ledebours zu fordern, da es sich um sein eigenes Mitglied handelte, es also die Wahrung des Immunitätsrechtes galt. Um so unglaublicher ist die Tatsache, daß die rechtssozialistische Fraktion die Ablehnung des Antrags auf Haftentlassung befürwortete, während selbst die Demokraten diese Ablehnung als unmöglich betrachteten. Es ist erfreulich, daß offenbar auch ein Teil der rechtssozialistischen Räte diese Abscheulichkeit nicht mitmachte, sondern einige für den Antrag stimmten, andere sich enthielten. Die Annahme des Antrags bedeutet eine Niederlage für die Regierung und namentlich für Herrn Heine, der ja erst unlängst in provokatorischer Weise die Haftentlassung ablehnte. Es ist zu erwarten, daß die Regierung nun aber mit aller Beschleunigung dem Antrag Folge leistet, und nicht eine Herausforderung der obersten Vertretung der deutschen Arbeiterklasse wagt, die von einer unerträglichen Mißachtung zeugen würde.

Im übrigen brachte der Tag zunächst eine matte Verteidigung der Regierungspolitik in der Rede Leinerts, der den Bericht des Zentralrats erstattete. Als erster Diskussionsredner formulierte dann Richard Müller für die Unabhängige Sozialdemokratie die Anklagen, die sie gegen die ganze Politik der rechtssozialistischen Führer mit Unterstützung des Zentralrats betrieben haben, erheben werden müssen. Müller zeigte, wie die Gewaltpolitik der Regierung zu immer neuer Erregung der Arbeiterklasse führt, wie immer größere Massen der Arbeiterschaft sich von dieser Politik abwenden, die die Revolution ruiniert hat und das deutsche Wirtschaftsleben mit dem Zusammenbruch bedroht.

Die Antwort des rechtssozialistischen Redners Kaliski war keine Widerlegung. Kaliski versuchte vielmehr den Unabhängigen einen Teil der Schuld und der Verantwortung zuzuschieben. Man gewann den Eindruck, daß Kaliski eingesehen hatte, daß er die Politik der Regierung nicht rechtfertigen könne. Er gab ausdrücklich zu, daß er vieles, was die Regierung getan habe, nicht billigen könne, und er tadelte ihre Unterlassung.

Es kann auch zugegeben werden, daß der Zusammenbruch vom 9. November die deutsche Arbeiterklasse nicht vorbereitet traf. Aber wenn es ihr in den ersten Wochen an revolutionärer Energie mangelte, wenn sie mit allzu großem Vertrauen auf die rechtssozialistische Führung sich verließ, war das nicht gerade die Folge der unglückseligen Kriegspolitik, die die Mehrheitspartei getrieben hatte, und die nur allzu geeignet war, das revolutionäre Bewußtsein der Arbeitermassen zu ersticken? Und wenn später die Arbeitermassen, enttäuscht und verbittert, immer ungeduldiger geworden sind, ist es nicht wieder Schuld der rechtssozialistischen Führung, die jede grundsätzliche sozialistische Politik aufgegeben hat und in Koalition mit dem Bürgertum sich den vorandrängenden Arbeitermassen entgegenstellt? Mag das eine oder das andere Wort Kaliskis zutreffen, so fehlt der Rede doch das wesentliche, die Konsequenz: die Forderung des Rücktritts dieser Regierung, die unfähig geworden ist, die revolutionäre Entwicklung durch voranschreitende Initiative in geordnete Bahnen zu lenken. Indem Kaliski diese Schlußfolgerung vermied, wurde seine Rede zu einer einseitigen und deshalb ungerechten Anklage gegen die Arbeiterschaft.

Nach der Rede wurde der Kongreß vertagt. Heute geht die Diskussion über den Bericht weiter.

Der Generalstreik in Magdeburg.

Allgemeine Arbeitsruhe.

Magdeburg, 8. April.

In allen großen Industriebetrieben ruht heute die Arbeit. Die Straßenbahn wurde neuerdings gezwungen, den Verkehr einzustellen.

Der Vorwand für den Belagerungszustand.

Magdeburg, 8. April.

Der stellvertretende Polizeipräsident Vater, einer der Führer der Unabhängigen, ist unter dem dringenden Verdacht (!) an den gegenrevolutionären Vorgängen beteiligt zu sein, seiner Funktion enthoben worden. Der Wert der aus dem Speicher des Städtischen Lebensmittelamtes geraubten Waren beläuft sich auf weit über 700 000 Mark. Die Bevölkerung wird durch diesen Raub empfindlich betroffen, da diese Lebensmittelmengen zu einer erheblichen Verbesserung der Lebensmittelversorgung der Stadt bestimmt waren. Auch die Schuppen des amerikanischen Roten Kreuzes, in denen Lebensmittel für die Gefangenen lagerten, wurden ausgeplündert. Infolge dieser Ausschreitungen hat der Exekutivausschuß den Belagerungszustand über Magdeburg verhängt, ehe von der Reichsregierung die entsprechende Weisung kam. Der überwiegende Teil der Garnison hat sich bei den Zwischenfällen als regierungstreu erwiesen.

Plünderungen von Getreidespeichern.

Magdeburg, 8. April.

Nachts überfiel ein bewaffneter Haufe die Getreidespeicher im Hafengelände und plünderte sie teilweise aus. Es fanden stundenlange Schießereien statt. Ein Angriff auf den Justizpalast wurde durch Maschinengewehrfeuer abgeschlagen. Die Zahl der Opfer ist unbekannt. Eine Geheimabstimmung der Arbeiterschaft der größeren Betriebe ergab 75 v. H. gegen den Streik.

Fortsetzung des Generalstreiks in Düsseldorf.

Düsseldorf, 8. April.

Die Düsseldorfer Arbeiterschaft hat sich heute in geheimer Abstimmung in den einzelnen Betrieben mit überwiegender Mehrheit für Fortsetzung des politischen Generalstreiks entschieden. Sämtliche Arbeiter des städtischen Gas- und Elektrizitätswerkes haben am Nachmittag ebenfalls die Arbeit eingestellt. Um 8 Uhr wurde über Düsseldorf der verschärfte Belagerungszustand verhängt.

Bergarbeiterstreik in Sachsen.

Oelsnitz i. Erzgeb., 8. April.

Seit gestern nachmittag sind die Belegschaften des Zwickau-Oelsnitzer Kohlenreviers ausständig. Die Streikenden haben zehn Forderungen aufgestellt und verlangen unter anderem die Einführung der siebenstündigen Schichtzeit, völlige Auszahlung der Entschädigungssumme, Beseitigung der bestehenden Regierung, sozialistische Führung der Bergwerke durch Einsetzung der Betriebsräte, sofortige Zuweisung von reichlichen und billigen Lebensmitteln, Bezahlung aller Streikschichten. Im Falle des Versagens des alten Bergarbeiterverbandes soll eine sächsische Bergarbeiterunion gegründet werden. Ein Uebergreifen der Ausstandsbewegung auf Zwickau ist zu befürchten.

Zwickau, 8. April.

Sämtliche Arbeiter der Zwickauer Metallindustrie einschließlich der Hüttenwerke, etwa zwölftausend Mann, haben heute die Arbeit niedergelegt und eine Kundgebung vor dem Rathaus und der Amtshauptmannschaft veranstaltet. Sie fordern Ersatz für die weggefallene Schwerarbeiter-Brotzulage und Erhöhung der Fleischration auf 250 Gramm.

Untersuchungsausschuß der Preußischen Landesversammlung.

Ueber die Sitzung des Untersuchungsausschusses der Preußischen Nationalversammlung vom Dienstag geht uns ein amtlicher Bericht zu, der zeigt, daß die Bedenken, die wir gegen diese Untersuchungskommission von Anfang an erhoben haben, vollkommen zutreffend waren.

In dieser Sitzung erstatteten Heine und Regierungsrat Dr. Doyé Bericht über die von der Regierung über die Tätigkeit Eichhorns getroffenen Feststellungen. Eichhorn wird hierin der verschiedensten Vergehen beschuldigt und der Anschein zu erwecken gesucht, als ob er aus gemeinen Motiven gehandelt hätte. Ferner sprach Heine. Der Bericht läßt ihm folgendes sagen: Der Minister des Innern, Heine, wies in einer allgemeinen politischen Uebersicht nach, daß die Unruhen vom 5. Januar planmäßig organisiert waren und daß nach einem einheitlichen Plan an verschiedenen Stellen der Stadt gleichzeitig losgeschlagen wurde. Er gab einen Ueberblick über die besetzten Gebäude, über die ungeheuren dort verübten Plünderungen und über die Ratmaßnahmen, welche die Regierung zur Unterdrückung der Unruhen ergreifen mußte, da ihr damals zuverlässige Truppen in ausreichender Zahl nicht zur Verfügung standen. An der Verteidigung der von den Unabhängigen besetzten Gebäude haben Russen und Frauen in hervorragendem Maße mitgewirkt. So hat eine mitverhaftete Frau Steinbrink aus Neukölln im Erker des „Vorwärts" ein Maschinengewehr bedient, durch dessen Kugeln mehrere Regierungssoldaten gefallen sind. Nach der Rückeroberung wurden im „Vorwärts"-Gebäude u. a. gefunden die Ausrüstung einer Feldküche und silbernes Tischgeschirr, sowie andere Raubbeute. Abg Leid (U. Soz.) gab zu, daß die Zustände unter Eichhorn ganz unerträglich geworden waren (!), kündigte für die nächste Sitzung aber eine Reihe von Beweisanträgen an. Ein Vertreter des Kriegsministeriums gab Aufschluß über die Bildung der Freiwilligenformationen, die erst lange nach dem 5. Januar mit größter Beschleunigung nach Berlin gebracht worden sind.

Auf eine Anfrage teilte Regierungsrat Dr. Doyé mit, daß bei den Januarunruhen 196 Personen und bei den Unruhen im März 1176 Personen getötet worden sind, darunter etwa ein Zehntel Soldaten.

Man sieht aus diesem „amtlichen" Bericht die deutsche Absicht der tendenziösen Berichterstattung, der höher als die sachliche Unterrichtung die Beeinflussung der öffentlichen Meinung steht.

Aber alle Beeinflussungsversuche und alle tendenziöse Berichterstattung wird die Wahrheit nicht vertuschen können. 1175 Personen sind als Opfer der letzten Märzkämpfe gefallen, also mehr, als wahrscheinlich überhaupt kämpfend gegen die Regierungstruppen aufgetreten sind. In diesen Zahlen offenbart sich die Wirkung des Standrechterlasses und des blindwütigen Vorgehens der Regierungstruppen gegen die Bevölkerung. Nur „etwa ein Zehntel", wie sich der Herr Regierungsrat vorsichtig auszudrücken beliebte, dieser Opfer entfällt auf die Regierungstruppen. Braucht es noch eines besseren Beweises, um zu zeigen, daß der allergrößte Teil dieser Opfer Folgen des „Standrechts" und der sinnlosen Gewalttätigkeiten der von den Offizieren verhetzten Soldaten waren? Wir verlangen aber, daß der Herr Regierungsrat sich auch dazu bequemt, die Zahlen der getöteten Frauen, Kinder und Greise zu nennen. Dann erst wird die Oeffentlichkeit ein genaues Urteil darüber haben, welche unschuldigen Opfer bei den Märzkämpfen ums Leben gekommen sind. Aber es sollten ja auch Frauen und Kinder nicht geschont werden, wenn es das „militärische Interesse" verlangte.

Konfliktstoff im Osten.

Aus Libau wird uns berichtet:

In Anbetracht der feindlichen Haltung, die der deutsche Militärgouverneur General von der Goltz, der berüchtigte Massenschlächter in Finnland, gegenüber dem deutschen Soldatenrat in Libau einnahm, hat dieser am 3. d. M. den General verhaften lassen. Am selben Tage trafen die im Kriegshafen stationierten Jäger in Libau ein, befreiten den verhafteten General und verhafteten ihrerseits sämtliche Soldatenräte. Darauf zogen zwei Bataillone der Garnison zum Polizeipräsidium, wo die Soldatenräte interniert waren und versuchten die Verhafteten mit Waffengewalt zu befreien. Der Versuch schlug fehl, weil anmarschierende Truppenkörper sie umzingelten und entwaffneten. Am 5. d. M. wurden alle diese Soldaten zusammen mit allen verhafteten Soldatenräten nach Deutschland abtransportiert.

Es erscheint recht merkwürdig, daß die Oeffentlichkeit von diesen wichtigen Vorgängen bisher nichts erfahren hat. Die sonst so redselige offiziöse Telegraphen-Agentur schweigt diese Angelegenheit, wie eine Reihe anderer wichtiger Vorgänge im Osten, tot. Die Oeffentlichkeit hat Anspruch darauf, über die Libauer Ereignisse unterrichtet zu werden, schon um die Rolle General von der Goltz' kennen zu lernen und die verhafteten Soldaten vor der Rache der Militärjustiz zu bewahren.

Verfassungsausschuß in Weimar.

In der Sitzung vom 8. April wurde folgender Antrag des Abg. Dr. Cohn (U. S. P.) beraten:

„Der Reichstag hat die Oberaufsicht über die Verwaltung des Reichs und die Rechtspflege. Er kann der Reichsregierung und dem Reichspräsidenten bindende Weisungen in Verwaltungssachen erteilen. Die Reichsregierung hat dem Reichstag auf sein Verlangen die schriftlichen Verhandlungen vorzulegen, die über die Beziehungen des Reichs zu auswärtigen Staaten oder über Verwaltungssachen geführt werden. Der Reichstag übt das Begnadigungsrecht in den Rechtssachen aus, die das Reichsgericht in erster und letzter Instanz entschieden hat, und entscheidet über Beschwerden gegen die Versagung der Begnadigung in anderen Sachen."

Nach längerer Debatte, in der Minister Preuß gegen den Antrag polemisiert, wird der Antrag mit allen gegen die Stimme des Abg. Dr. Cohn abgelehnt.

Die Verschleuderung von Staatsgeldern.

Uns wird geschrieben:

Wer heute die Bestimmungen des Kriegsministeriums liest, muß fast die Ueberzeugung gewinnen, die Heeresverwaltung beginne zu sparen. Hat sie doch den Offizieren, die bisher jährlich 15 333 Mark Wohnungsgeld erhielten, eine kleine Summe abgezogen, allerdings mit dem für die Offiziere höchst erfreulichen Zusatz, daß in Ausnahmefällen der alte Satz von 15 333 M. weitergezahlt werden darf. Dieser Ausnahmefall, wer wollte das wohl bezweifeln, wird natürlich bei jedem Offizier vorhanden sein.

Wer den Geschäftsbetrieb bei den Militärverwaltungsbehörden kennt und sieht, wie hier mit Staatsgeldern gewirtschaftet wird, muß das Gefühl haben, daß hier eine Sabotage schlimmster Art mit Staatsgeldern getrieben wird. Wie wäre es sonst möglich, daß eine ungeheure Zahl von aktiven Offizieren, besonders höhere Offiziere, die seit dem Umsturz am 9. November 1918 noch keinen Dienst getan haben, das volle Gehalt mit den vielen kleinen und großen Zulagen erhält. Diese große Zahl der erwähnten Offiziere ist sonderbarerweise seit der Revolution krank, und es fällt ihnen auch nicht ein, jemals wieder Dienst zu tun. Ich gebe ja zu, daß sie durch ihr Nichtstun dem Staate noch den größten Dienst erweisen. Aber warum geht man nicht endlich daran, diese Herren in den wohlverdienten Ruhestand zu versetzen? Das hat aber seine Gründe; es geht diesen Herren dabei Gehalt verloren. Das Kriegsministerium denkt auch gar nicht daran, diese hohen Herren abzuschieben, da sie immer noch gebraucht werden können. Eine Krähe hackt der andern kein Auge aus, und so ist es auch mit unserm hohen Kriegsministerium, dieser Hochburg der alten Offizierskaste.

Wann wird hier aufgeräumt werden? Unerhört ist es, wenn ein kommandierender General einen Offizier bis zu einem halben Jahre beurlauben darf auf Grund beizubringender militärärztlicher Zeugnisse, die beizubringen einem Offizier ja nie schwer fallen dürfte. Sobald nun ein halbes Jahr herum ist, dann sind sonderbarerweise die Herren auch wieder gesund. Ob die Revolution diesen Offizieren so in die Knochen gefahren ist, oder ob wohl die schwer durchlebten Kasinonächte im Felde an ihrer Gesundheit gefressen haben?

Oder ist das ein Zeichen der Sparsamkeit, wenn heute noch Offizieren, denen kein Bursche gestellt wird, eine monatliche Entschädigung von 45 M. gezahlt wird? Nicht nur die alten und höheren Offiziere erhalten diese 45 M., bewahre, auch die 20jährigen Schnöselleutnants werden damit bedacht. Daß diese Kinder noch einen Diener oder ein Dienstmädchen zur Bedienung haben müssen, leuchtet ja ein, aber dann soll gefälligst Papa dafür sorgen und nicht der Staat. Bei armen Kriegerfrauen und Kriegsinvaliden wäre dieses Geld besser angelegt. Ueberhaupt sollte mit dem Burschensystem bald aufgeräumt werden. Wenn der Offizier einen Diener haben will, so soll er ihn auch, wie das überall üblich ist, aus seiner Tasche bezahlen. Daß die Militärverwaltung sehr aufs Sparen bedacht ist, das wissen wir alle sehr wohl, aber dieser Trieb tritt nur immer dann zutage, wenn das Sparen auf Kosten der Unteroffiziere und Mannschaften und der Kriegsbeschädigten geschehen kann.

Erdichtete Putschabsichten.

Der „Vorwärts" läßt sich von „vertrauenswürdiger Seite" mitteilen, daß radikale Elemente die Kriegsbeschädigten zu einem Demonstrationszug nach dem Reichskanzlerpalais veranlassen wollten. Die „Drahtzieher" hoffen, daß es dabei zu Zusammenstößen und Blutvergießen kommen würde, und dies sollte dann bei der Arbeiterschaft die „mangelnde Begeisterung" für den Generalstreik ersetzen und die Stimmung schaffen für das „Feldgeschrei": Fort mit der Regierung, die mit Gewalt gegen Krüppel, Witwen und Waisen" vorgeht!

Dem „Vorwärts" ist die Meldung über diesen „infamen Plan" selbst so dumm, daß er sie nur mit allem Vorbehalt wiedergibt. Trotzdem benützt er die Nachricht zu einer wüsten Hetze gegen Leute, von deren Dasein er selbst zu zweifeln wagt. Er beweist damit nur, daß ihm, um mit seinen eigenen Worten zu reden, „jedes Mittel, im Trüben zu fischen, recht ist."

Herr Noske hat diese offenbare Spitzelgeschichte natürlich sofort aufgegriffen und er läßt bekannt machen, daß Demonstrationszüge unter keinen Umständen stattfinden dürfen. Herr Noske kann sich seine „Vorbereitungsarbeiten" ruhig ersparen. Er könnte sich überhaupt noch manche andere Arbeit ersparen, wenn das Ebenholzel weniger Spitzel beschäftigen würde.

„Was der „Vorwärts" nicht bringt."

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Die unter der Ueberschrift „Was der Vorwärts nicht bringt" in der Morgenausgabe der „Freiheit" vom Dienstag gebrachte Notiz, wonach die Mitgliederversammlung im Herrenhaus am 4. April eine Resolution über die „Vorwärts"-Berichterstattung gefaßt, der Redaktion eingesandt und von dieser nicht veröffentlicht worden ist, bedarf der Berichtigung. Die betr. Resolution ist wohl eingebracht worden, ebenso wie noch andere Resolutionen, die sich mit Parteimißständen befassen. Diese Resolutionen sind aber nicht einer Abstimmung unterworfen gewesen, sondern sind von der Versammlung einem Ausschuß zur weiteren Bearbeitung und zur Grundlage für weitere Vorträge überwiesen worden. Diese Resolution ist also dem „Vorwärts" diesmal nicht eingesandt worden. Auch der Ausschuß hat von der Einsendung an den „Vorwärts" Abstand genommen, da der „Vorwärts" es ja ohnehin vorher abgelehnt hatte, über die Versammlung zu berichten.

Uns war die Entschließung von Mitgliedern der D. S. P. mit den daran geknüpften Bemerkungen mit der Bitte um Veröffentlichung übergeben worden. Wenn die Bemerkungen in dieser Form nicht ganz zutreffend sind, so zeigt ja die Schlußbemerkung der vorstehenden Zuschrift, daß in der Beurteilung der allgemeinen Haltung des „Vorwärts" zwischen uns und dem Einsender der Zuschrift keine Meinungsverschiedenheit besteht.

Der Kultusminister und die Lehrerräte.

Berlin, 8. April (W. T. B.)

Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat an die Regierung in Cassel ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt:

„Ich erwidere der Regierung, daß ich durchaus damit einverstanden bin, wenn die Regierung mit den dortigen Bezirkslehrerrate in Verbindung tritt.

Es bleibt ihr bis auf weiteres überlassen, in welchen Angelegenheiten und in welchem Umfange sie den Lehrerrat heranziehen will. Die Aufgabe der Heranziehung wird aber im wesentlichen sein, ein gedeihliches Verhältnis zwischen den Schulbehörden des Bezirkes und der Lehrerschaft zu erhalten und zu fördern. Zu diesem Behufe wird die Regierung die Mitwirkung des Lehrerrates vorzugsweise in wichtigen Fragen des Schulwesens in Anspruch zu nehmen und Anregungen, Wünsche und Vorstellungen des Lehrerrates entgegen zu nehmen und zu prüfen haben.

Nach sechs Monaten sehe ich einem eingehenden Berichte über das Zusammenarbeiten mit dem Bezirkslehrerrat und etwaigen Kreislehrerräten und die dabei gemachten Erfahrungen entgegen."

Dieser Erlaß kennzeichnet die Stellung des Kultusministeriums zur Frage der Lehrerräte. Er wird die um ihre Selbständigkeit kämpfende Lehrerschaft und vor allem den sozialistischen Teil der Lehrer nicht befriedigen. Er umgeht die Frage der Lehrerräte und schiebt die Entscheidung hinaus. Mit halben Maßnahmen ist aber nichts getan. Die Lehrer beanspruchen nicht das „Recht", „Anregungen und Wünsche" vorzubringen. Sie verlangen das Recht der Selbst- und Mitbestimmung. Sie wollen nicht von ihren Behörden gnädigst „herangezogen" werden. Sie fordern den demokratischen Aufbau des Lehr- und Verwaltungskörpers. Die Lehrerräte sind die grundlegende Forderung jeder wirklichen Schulreform.

Aber das Kultusministerium scheint alle Fehler des übrigen Kabinetts getreulich nachmachen zu wollen. Es scheint alle revolutionären Forderungen erst dann erfüllen zu wollen, wenn es zu spät ist.

Von der Friedenskonferenz.

London, 8. April.

Die „Times" vom 5. d. M. teilt in einem Leitartikel mit, daß die Frage der französischen Ostgrenze dahin entschieden sei, daß das linke Rheinufer deutsch bleibe, dafür aber ein breiter Grenzgürtel links- und rechtsrheinisch ständig unbewaffnet sein müsse. Auch Saarbrücken solle deutsch bleiben und den Franzosen lediglich der Reingewinn aus dem Betrieb der dortigen Kohlengruben überwiesen werden.

Paris, 8. April.

In einem Hause bei der chinesischen Delegation auf der Friedenskonferenz telegraphisch aus Peking eingetroffenes Communiqué besteht die chinesische republikanische Regierung auf der Aufhebung der 21 Forderungen Japans. Das Communiqué verlangt für China die Freiheit, seine eigenen Angelegenheiten regeln zu dürfen. Nach einer ausführlichen Darlegung der politischen und historischen Gründe für die Rechtmäßigkeit der Ansprüche erklärt die chinesische Regierung zum Schluß, daß China jetzt die Abschaffung oder Abänderung aller

Zweiter deutscher Rätekongreß.

Erster Verhandlungstag.

Der zweite deutsche Rätekongreß wurde heute (Dienstag) vormittag im Sitzungssaale des Herrenhauses von dem

Vorsitzenden des Zentralrates Robert Leinert

eröffnet. In seinen einleitenden Worten hob er die Ereignisse hervor, die sich nach dem ersten Rätekongreß abgespielt haben. Der erste Rätekongreß hat sich für die Nationalversammlung entschieden und wir wollen hoffen, daß sich alle Erwartungen erfüllen, die auf die Nationalversammlung gesetzt werden. Jetzt steht der Friede in Aussicht. Die Feinde wollen uns unterdrücken. Aber wir wollen nicht das Objekt imperialistischer Habgier fremder Völker werden. (Zustimmung.) Wir erheben Anspruch auf Gleichberechtigung in der Völkergemeinschaft. Die Revolution ist nicht gemacht worden, damit unser Volk nur den Unterdrücker wechselt. (Sehr richtig!) Schwere Bedingungen sind uns schon auferlegt, sie gehen schon bis an die Grenze des Erträglichen. Wir sind kein Herrenvolk, aber auch kein Volk von Sklaven für fremde Interessen. (Zustimmung.) Der militärische Sieg über Deutschland gibt andern Völkern nicht das Recht, gegen das deutsche Volk eine Expressepolitik zu betreiben. Das möge sich die Entente auch vom Rätekongreß gesagt sein lassen. Aber auch schwere innere Kämpfe toben in unserem Lande. An die Stelle der geistigen Waffen ist das Maschinengewehr getreten. Ueberall sind Streiks und Gewalt an der Tagesordnung. Die Mehrheit wird von einer gewalttätigen Minderheit unterdrückt. (Widerspruch.) Eine nervöse Atmosphäre ist dadurch geschaffen. Es besteht keine Achtung mehr vor der Ueberzeugung anderer. Hoffentlich bringt der Kongreß die Menschlichkeit zur Geltung. Deutschland stürzt in den Abgrund, wenn die Vernunft nicht siegt. (Beifall.)

Hoffmann-Wien übermittelte die Grüße der österreichischen Räte und feiert den Rätesieg in Ungarn. — Kultusminister Hänisch begrüßt den Kongreß im Auftrage der preußischen Regierung. Die Räte haben in der Uebergangszeit wertvolle Arbeit geleistet, trotz zahlreicher Uebergriffe und Fehler. Aber auch weiterhin sind die Räte noch nützlich. Die Parole: Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten ist ein Schlagwort. Wohl aber ist die preußische Regierung in Uebereinstimmung mit der Reichsregierung fest entschlossen, den Räten auf den ihnen zukommenden Gebieten alle nur mögliche Arbeit zuzuweisen.

Zum Vorsitzenden des Kongresses wird Hauschild-Kassel gewählt, zu seinem Stellvertreter Richard Müller (U. Soz.) und Schröder-München (Soldatenfraktion). Außerdem werden acht Schriftführer gewählt. Der Kongreß setzt sich zusammen aus 138 Mehrheitssozialisten, 55 Unabhängigen, 9 Oesterreichern, 21 Soldaten, 12 Demokraten, 3 Bauernbund und je 1 Deutsche Volkspartei, Deutschnationale Volkspartei, Christliche Volkspartei, Kommunisten und Parteilose. Von der Reichsregierung nehmen die Minister Bauer, Wissell und Robert Schmidt an den Verhandlungen teil.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragen die Unabhängigen die Absendung von

Glückwunschtelegrammen nach Ungarn und Bayern.

Abg. Braß-Remscheid (U. Soz.): Wir müssen der Bayerischen Räterepublik brüderliche Grüße senden und die Hoffnung aussprechen, daß es ihr gelingen möge, alle Widerstände zu überwinden, damit die Umformung in ganz Deutschland vollendet werde.

Abg. Hermann Müller (Soz.): Das können wir unmöglich annehmen, denn dann würden wir den Kongreß schon jetzt auf den reinen Rätegedanken festlegen.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.): Wir Unabhängigen bekennen uns zum Rätesystem. (Zurufe b. d. Soz.: Wir nicht!) Die Glückwünsche nach Bayern und Ungarn würden keine Festlegung des Kongresses, sondern nur eine Anerkennung des Sieges der Arbeiterschaft sein. (Widerspruch bei den Bayerischen Delegierten.)

Flügel-Berlin (Dem.): Wir lehnen die Telegramme grundsätzlich ab, weil wir den reinen Rätegedanken für unvereinbar halten mit den Geboten der Demokratie, für die wir Jahrzehnte gekämpft haben.

Cohen (Zentralrat): Das Telegramm nach Ungarn kann ruhig abgehen, denn es begnügt sich damit, dem Proletariat der Räterepublik Ungarn brüderliche Grüße zu senden. Aber nach Bayern können wir unmöglich nach dem Vorschlage von Braß telegraphieren, denn wir wünschen die reine Räterepublik nicht.

In der weiteren Aussprache hierüber lehnt auch die Soldatenfraktion das Telegramm an Bayern ab. Schließlich wird die Absendung des Telegramms an Ungarn beschlossen, die Abstimmung über das Telegramm an Bayern wird ausgesetzt.

Ein weiterer Antrag der Unabhängigen fordert die

Immunität für die Kongreßteilnehmer und die Haftentlassung Ledebours,

der in Berlin zum Kongreßmitglied gewählt worden ist.

Haase (Soz.) beantragt, die Immunität auf die Handlungen zu beschränken, die von Delegierten auf dem Kongreß selbst begangen werden.

Flügel (Dem.) tritt für die Immunität ein, lehnt sie aber ab für Handlungen, die vor dem Zusammentritt des Kongresses liegen.

Schal (Soldatenfraktion): Die Soldatenfraktion steht geschlossen hinter dem Antrag der Unabhängigen, da einzelne ihrer Mitglieder von dem 4. und 10. Armeekorps befürchten müssen, verhaftet zu werden. Sie werden mit der fingierten Meldung von der Militärrevolte in Magdeburg in Verbindung gebracht. (Hört! Hört!)

[illegible]-Hindenburg: Ledebour darf doch nicht wie ein [illegible] behandelt werden. Sie haben Angst vor ihm. (Lachen.)

Abg. Hermann Müller: Auch im Sowjet-Rußland werden Verhaftungen vorgenommen und die Münchener Räteregierung würde auch nicht vor der Immunität der bayerischen Landtagsabgeordneten Halt machen. (Sehr richtig!) Wir können höchstens die Regierung ersuchen, Ledebour aus der Haft zu entlassen. Ich glaube aber nicht, daß sie das tun wird.

Die Debatte hierüber geht noch eine ganze Weile weiter. Schließlich wird die Forderung der Immunität für die Kongreßteilnehmer einstimmig beschlossen. Die Abstimmung über den Antrag auf Haftentlassung Ledebours bleibt zunächst zweifelhaft. Die Auszählung ergibt die Annahme des Antrages mit 109 (nicht mit 199, wie wir irrtümlich meldeten) gegen 88 Stimmen. (Beifall b. d. U. Soz.)

Ein Teil der Mehrheitssozialisten hatte vor der Abstimmung den Saal verlassen.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.) gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Kongreßleitung nun alles daran setzen wird, daß Ledebour innerhalb weniger Stunden im Saale werde erscheinen können.

Nunmehr erstattet Leinert den

Bericht des Zentralrats.

Unsere erste Tätigkeit war die Ausführung der Beschlüsse des Rätekongresses über die Kommandogewalt. Mannszucht und Disziplin sind auch für eine revolutionäre Armee unerläßlich, wie es selbst die Sowjet-Republik anerkennt und durchgeführt hat. Will eine Regierung nicht von vornherein abdanken, so muß sie sich die Truppen schaffen, die zum Schutze ihrer Macht erforderlich sind. Die Regierung muß ihre Machtmittel gebrauchen, um Anschläge gegen ihren gesetzlichen Bestand zu beseitigen. Nach dem Ausscheiden der Unabhängigen aus der Regierung und dem Zentralrat ist der Zentralrat in einer Weise herabgesetzt worden in der öffentlichen Meinung, wie noch niemals eine aus der Arbeiterklasse hervorgegangene Institution. Auch die durch den Zentralrat geschaffene Regierung hat man ebenso bekämpft. (Zurufe bei den Unabhängigen: Mit Recht.) Nein, mit Recht kämpft nur derjenige, der mit anständigen Mitteln kämpft. Die Unabhängigen wollten nicht mitarbeiten und die Verantwortung nicht tragen. (Lärmende Zurufe bei den Unabhängigen und von den Tribünen. (Der Vorsitzende Hauschild ersucht die Tribünenbesucher sich jeder Mitwirkung an den Handlungen des Kongresses zu enthalten, falls er nicht gezwungen werden sollte, zum Einschreiten gegen Leute, die das Gastrecht verletzten.) Der Kampf gegen den Zentralrat wird so erbittert geführt, weil dieser sich nicht auf den Standpunkt des Rätesystems gestellt hat. Man wollte eine Revolution gegen die Revolution schaffen, die einer Minderheit die Diktatur geben sollte. Demokratisch ist das nicht. Nicht nur mit geistigen, sondern mit andern Waffen wurde gekämpft, und zwar gegen eine sozialdemokratische Regierung, die man maßlos beschimpfte. Dabei ist die Lage so, daß die Mehrheit des Volkes hinter der Regierung steht. (Lärm bei den Unabhängigen.) Die Unabhängigen haben in einem an den Zentralrat gerichteten Schriftstück selbst gesagt, sie lehnten jede Putschtaktik ab und hielten Gewalt in der inneren wie der äußeren Politik nur zur Abwehr von Gewalt erlaubt. Diese Gewalt hat die Regierung angewendet.

Wir entschuldigen durchaus nicht alles, was bei Niederwerfung der Unruhen geschehen ist,

aber nicht die Regierung hat den Kampf hervorgerufen, sondern diejenigen, die die Unruhen anstifteten, um zu rauben, zu plündern und zu morden. (Großer Lärm bei den Unabhängigen und Zurufe.) Sie täten besser, wenn Sie auch etwas auf Ihren persönlichen Anstand geben würden, denn die Moral verbietet, als Verteidiger derjenigen Plünderer aufzutreten, die zu Dutzenden die Läden ausgeraubt und dann ihren Raub mit Maschinengewehren verteidigt haben. (Großer Lärm bei den Unabhängigen und Zwischenrufe.) Wie sollte die Regierung dieser Bewegung anders als mit Machtmitteln Herr werden? Die Regierung hat sich in der Verteidigung befunden. Solche Putsche müssen niedergeschlagen werden, sonst kann die Regierung nicht bestehen. Hat ja doch die Absicht bestanden, den Generalstreik auch beim Zusammentritt dieses Kongresses zu beginnen. (Lärm bei den Unabhängigen. Rufe: Heraus mit den Beweisen!) Wenn Sie sagen, daß wir mit Lockspitzeln arbeiten, so ist das eine solche niederträchtige Gemeinheit, daß ich mich wundere, daß Sie sie mit solcher Gelassenheit aussprechen. (Zurufe bei den Unabhängigen: Wir werden Beweise bringen!)

Auf wirtschaftlichem Gebiete hat der Zentralrat den Standpunkt vertreten, daß der Streik in dem jetzigen Augenblick nicht dasselbe Mittel ist wie in den Zeiten der kapitalistischen Gesellschaft. Wir treiben weiter und weiter dem Abgrunde entgegen, wir gefährden die Zukunft unserer Kinder und schaffen eine Aussicht der Armut und des Elendes, wenn nicht die Vernunft bei den Arbeitern einkehrt. Wir hätten längst positive Arbeit geleistet, wenn wir durch die Unruhen im Reiche daran nicht fortgesetzt verhindert worden wären. Uns ist es ernst mit der vollen Demokratie. Die alte Bureaukratenwirtschaft muß verschwinden, aber wir können nicht alle Plätze in der Verwaltung durch Leute aus unseren Reihen besetzen. Wir begrüßen jede gerechte Kritik, denn sie kann uns das Zeugnis nicht versagen, daß wir zum Wohle des Ganzen gearbeitet haben.

Eine neue Fraktion des Reichs-, Bauern- und Landarbeiterrates mit 13 Mitgliedern hat sich gebildet.

In der

Nachmittagssitzung

gelangte folgende Erklärung der Oesterreicher zur Verlesung: „Um Irrtümern vorzubeugen, erklärt die deutschösterreichische Delegation, daß ihre Mitglieder als Angehörige der einigen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs sich keiner reichsdeutschen sozialistischen Fraktion angeschlossen haben. Die Mitglieder geben allerdings ihrer persönlichen Ansicht Ausdruck, daß die Richtung der U. S. P. D. ihren Anschauungen am nächsten kommt.

Ein Antrag der Unabhängigen fordert die Freilassung des Führers der Magdeburger Unabhängigen, Brandes, und mehrerer Mitverhafteter, die nach Berlin überführt worden sind. — Der Antrag wird später zur Beratung kommen.

Unter der großen Zahl der eingelaufenen Begrüßungstelegramme und Anträge befindet sich, aus den Kreisen der Soldaten stammend, immer wieder die Forderung nach Errichtung eines Reichssoldatenrates, der dem Reichsministerium gleichberechtigt zur Seite stehen und alle Verfügungen des Reichswehrministers gegenzeichnen soll.

In der Aussprache über den Tätigkeitsbericht des Zentralrates spricht als erster Redner

Richard Müller:

Die Angriffe Leinerts auf die Unabhängigen sollten die Schwäche der eigenen Haltung verbergen. Wir sprechen dem Zentralrat unser schärfstes Mißtrauen aus. Er ist für alles verantwortlich, was geschehen ist. Er hat dazu beigetragen, daß die Beschlüsse des Ersten Rätekongresses nicht ausgeführt wurden. Weder die sieben Hamburger Punkte sind durchgeführt, noch ist mit der Sozialisierung auch nur der Anfang gemacht. Wir klagen den Zentralrat der Pflichtverletzung an. Warum haben wir die politische und wirtschaftliche Anarchie? Nicht weil Spartakus da ist, sondern weil die Massen enttäuscht sind. Es werden Mittel angewendet, mit denen früher die schlimmste Reaktion nicht gearbeitet hat. Die Nationalversammlung hat vollständig versagt, und deshalb ist das Volk empört. (Widerspruch.) Immer tiefer gerät unser Land in das Elend. Man kann diese Bewegung nicht in einem Meer von Blut ersticken. Jahrzehnte lang haben wir die Sozialisierung gefordert und, als die Zeit dafür da war, standen wir hilflos und ratlos da. Nur der Beschluß auf Einberufung der Nationalversammlung ist durchgeführt worden. (Zuruf bei den Soz.: Ueber seine Leiche? — Lachen.) Die militärischen Beschlüsse sind gescheitert an dem Widerstand der Obersten Heeresleitung. Der Zentralrat hat nichts dagegen getan. Auch er stützt sich auf die nackte Gewalt. Die Wirkung liegt offen zutage. Jetzt stehen auch die Soldatenräte gegen die Regierung und gegen den Zentralrat. Ein

neuer Militarismus

ist entstanden. Alle Soldatenräte, die ihn ablehnen, werden abgesetzt oder sogar ins Gefängnis geworfen. (Hört! Hört!) Auch dieser neue Militarismus macht uns die Welt zum Feinde. Die anderen Völker verachten uns. Ganze Städte, ja ganze Landesteile werden unter eine brutale Militärherrschaft gestellt. Ströme von Blut sind geflossen. (Zuruf bei den Soz.: Durch eure Schuld!) Wo war da der Zentralrat? Die Berliner Unruhen sind auf ein Mißverständnis zwischen den Freiwilligentruppen und der Republikanischen Soldatenwehr zurückzuführen, die von der Futterkrippe nicht loswollte. (Hört! Hört!) Und nun jetzt Magdeburg! Man könnte auf den Gedanken kommen, daß alle diese Unruhen von rechts erst hervorgerufen werden. (Widerspruch.) Ich will das ja nicht behaupten. Auch mit Lügen wird gearbeitet, nur um eine Hetze gegen Spartakus zu inszenieren. Auch die Kämpfe im Dezember waren ganz unpolitisch und auf ein Mißverständnis zurückzuführen. (Lachen.) Ledebour hat damals für die Beilegung gewirkt. (Zuruf bei den U. Soz.: Wo ist Ledebour?) Mit Leuten vom Schlage Noskes können wir nicht in einer Regierung zusammen sitzen. Gewiß hat man uns im Dezember angeboten, die Regierung zu übernehmen, aber ich habe schönstens dafür gedankt. (Zurufe.) Jetzt bereitet man alles vor für eine neue Schlacht. Heute sollte ja ein neuer Generalstreik beginnen, aber nichts ist erfolgt. Nur in Magdeburg sorgt Noske für die Unruhe und dort wird in den Straßen sicher Blut fließen. (Zuruf bei den Soz.: Durch Eure Schuld!) An allen Gerüchten, die Noske über Magdeburg in die Welt gesetzt hat, ist kein wahres Wort. (Hört! Hört! bei den U. Soz.) Brandes ist unschuldig. (Zurufe: Ihr seid alle unschuldige Engel!) Die Mehrheitssozialisten graben sich selbst das Grab, denn nun wird auch ihre Hochburg Magdeburg fallen. In Berlin hat Schöpflin sogar Streikbrecher für die Gaswerke geworben. (Hört! Hört!) Die Besetzung der Zeitungen verurteilt niemand schärfer als wir. Die Beeinträchtigung der Preßfreiheit ist ein Verbrechen an der Revolution. (Zuruf bei den Soz.: Das hättet Ihr damals sagen sollen!) Jetzt regiert man mit dem Belagerungszustand in Permanenz. (Zurufe bei den Soz.: München!) Generalstreiks sollen heute nicht erlaubt sein. Haben wir denn aber heute einen sozialistischen Staat. Nur die Personen haben gewechselt. Ueberall geht eine tiefe Bewegung durch das Volk. Sogar ein Mann wie Eltzbacher ist mit der Regierung unzufrieden und sieht das Heil nur im Bolschewismus. Diese Politik wird das deutsche Volk ins Unglück stürzen. (Beifall und Zischen.)

Kultusminister Haenisch teilt im Auftrage des Justizministers mit, daß er um schriftliche Ausfertigung des Beschlusses auf Haftentlassung Ledebours bitten müsse und dann schleunigst seine Entscheidung mitteilen werde. — Abg. Dr. Rosenfeld: Das geht uns zu langsam. Das ist eine Verhöhnung des Kongresses. (Lärm.) — Vors. Hauschild erklärt sich bereit, nochmals beim Justizminister vorstellig zu werden. (Zuruf bei den U. Soz.: Abschieben!) — Kultusminister Haenisch legt Verwahrung ein gegen den Vorwurf der Verhöhnung.

In der weiteren Aussprache spricht für die Fraktion der Mehrheitssozialisten

Julius Kaliski:

Die Auffassungen über die Stellung der Arbeiterräte sind überaus verschieden und auch bei Euch drüben (zu den Unabhängigen) gibt es Leute, die der ganzen Frage der Arbeiterräte mit sehr gemischten Gefühlen gegenüberstehen. Wer so lange wie wir in dem gleichen Bett gelegen hat, kann nicht sagen, Ihr seid andern Geistes und Fleisches, nein, Ihr Unabhängigen teilt alle Fehler und Sünden der Partei. Die Schuld der Regierung seit Ausbruch der Revolution teilen die Unabhängigen genau so wie wir. Der einzig treibende Faktor in der Geschichte der Revolution war

die Angst vor den anderen,

die Mehrheitssozialisten haben Angst vor den Unabhängigen und umgekehrt. Diese Angst besteht in so hohem Maße, daß darüber Wegen des gegenseitigen Angstzustandes konnte die revolutionäre Drang in die Binsen gegangen ist. Ich bin der Letzte, der sich schützend vor die Regierung stellt, sie hat vieles getan, was ich sehr bedaure, und vieles nicht getan, was ich gleichfalls sehr bedaure. Zeigt mir einen schöpferischen Gedanken der Unabhängigen über das Regierungsprogramm hinaus, und es sei Euch alles verziehen. Wegen des gegenseitigen Angstzustandes konnte die revolutionäre Regierung nicht einmal ein Volksheer schaffen, was eine Schmach für das deutsche Volk ist. Aus Angst und Rivalität hat man das Heer verkommen und verludern lassen. (Zustimmung.) Die Soldatenräte mögen alle möglichen Verdienste haben, aber ein Volksheer aufzustellen, waren sie nicht in der Lage. Für mich als Sozialdemokraten gibt es nur eine Forderung „Aufstellung eines Volksheeres mit allgemeiner Dienstpflicht“. Eine demokratisch-sozialistische Regierung muß auch für die Erziehung des Offizierkorps sorgen. Aber in einem Augenblick, wo eine Welt uns zu verschlingen droht, stellen wir uns hin und streiten über Kleinigkeiten, über Kokarden und Litzen. Hinterher kam dann die Angst vor dem Proletariat selbst. Wir haben aber Massen, die durchaus nicht revolutionär sind, und selbst wenn die Kommunisten den absoluten Zusammenbruch wollen, so ist das keine revolutionäre Sache. Gerade wenn Ihr etwas könnt und Willenskraft habt, so ist es Zeit für Euch als revolutionäre Sozialisten, etwas zu tun. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit. Lärmende Zurufe bei den Unabhängigen.) Ich bin von dem politischen und wirtschaftlichen Vorgehen der Regierung wahrlich nicht entzückt, aber das Traurige ist, daß Ihr nichts könnt. Ihr habt in allen Fragen des wirtschaftlichen Aufbaues versagt. Es gibt nichts Dümmeres, als Kritiklose und übertriebene Forderungen als sozialistisch auszugeben und den Leuten zu erzählen, daß in einer Demokratie jeder Streik erlaubt sei. (Lärmender Widerspruch und Zurufe bei den Unabhängigen.) Sagen Sie mir ein Recht, daß Arbeiterschaft nicht hat. (Rufe bei den Unabhängigen: Satt zu essen hat sie nicht!) Ich sage Euch: mit der Hungerlegende muß gründlich aufgeräumt werden. Durch planmäßiges Ruinieren der Wirtschaft fördert man den Hunger. (Zustimmung.) Die allgemeine Demoralisation hat leider auch das Proletariat ergriffen. (Lärm und Widerspruch bei den Unabhängigen.) Allerdings bin ich auch der Meinung, daß man mit Maschinengewehren und Minenwerfern nichts gegen solche Bewegungen machen kann. Wir müssen vielmehr die Produktion steigern und zu diesem Zweck anderthalb Millionen aus der Stadt sofort aufs Land verpflanzen. Das muß gelingen, wenn man den Leuten unter Garantie des Staates und der Gewerkschaften auskömmliche Existenz und Schutz gewährt. Von Spartakismus ist da wenig die Rede, es sind Massen, die führerlos und hemmungslos sind und nicht wissen, was die Zukunft bringen wird. Es ist ein schwerer Vorwurf gegen die Regierung, der aber auch die Unabhängigen trifft, daß man hier zur Abhilfe nicht früher etwas getan hat. Man kann zwar Arbeiterräte mit dem Recht der Diktatur schaffen, aber diese Diktatur ist nicht imstande, die Produktion zu fördern, während doch Sozialisierung gerade Steigerung der Produktivität bedeutet. Diktatur und Terror sind unzertrennlich, auch in Bayern. Die Bayerische Räteregierung ist so grotesk, daß man sie eben auch nur nach München verlegen kann. (Heiterkeit.) Eine überaus traurige Erscheinung ist auch der Partikularismus, dem gegenüber die Nationalversammlung ihre Souveränität erklären müßte. Das Ziel des Völkerbundes muß die Erhöhung der Weltproduktivität sein. Es ist ein Fehler der deutschen Politik gewesen, daß sie Frankreich kein Entgegenkommen bewiesen hat. Wir wollen nicht untergehen, wir wollen und können einen sozialistischen Bau errichten auf dem Boden der Demokratie ohne Diktatur und ohne Terror. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Schluß 6½ Uhr.

Aus der Partei.

In Magdeburg ist der Sache des reinen Sozialismus ein neuer Kämpfer erstanden, unsere Genossen haben sich ein eigenes Blatt gegründet: die „Magdeburger Volkszeitung“ (Dunsstr. 2). Wir wünschen dem Bruderblatt guten Erfolg im Kampf für die gemeinsame Sache.

Groß-Berlin.

Schwer bewaffneter Schutz der Regierung.

Die Regierung hat es für nötig gehalten, für den Rätekongreß umfangreiche militärische Schutzmaßnahmen zu treffen. Das Tagungslokal, das frühere Herrenhaus, ist von Regierungstruppen stark bewacht. Nicht nur auf der Straße, sondern auch in den Gängen und Korridoren des Hauses selbst sind Soldaten mit Gewehren in der Hand postiert. Auch in den Straßen des Zentrums der Stadt konnte man in ähnlicher Weise wie an den „Hauptkampftagen" des Januars ein starkes bewaffnetes Aufgebot wahrnehmen. Zu einer richtigen Festung sind der Wilhelmplatz sowie die Wilhelmstraße ausgebaut worden. Anscheinend hat die „Volksregierung" nicht mehr volle Zuversicht, daß das Volk mit ihr zufrieden ist; denn Maschinengewehre, Panzerautomobile sowie zahlreiche Ballonabwehrgeschütze sind dort aufgefahren worden und richten drohend ihre Mündungen auf die Vorübergehenden.

Zur Charakteristik der Rahnsdorfer Mehrheitssozialisten.

Eine Verhandlung des außerordentlichen Kriegsgerichts warf kürzlich ein bezeichnendes Licht auf eine gewisse Sorte von Mehrheitssozialisten. Er handelte sich um Vorgänge, die sich in Rahnsdorf abgespielt haben. Dort war die weiße Garde eingezogen und der Soldatenrat kam auf die Idee, die unbequemen Eindringlinge zu entwaffnen. Diese Absicht wurde auch ausgeführt. Dieser Entwaffnung wohnten auch mehrere Mitglieder unserer Partei bei. Bald darauf erfolgte die Verhaftung der Genossen Richter, Haby und Wutke. Das genügte dem Vorsitzenden des Wahlvereins der Mehrheitssozialisten von Rahnsdorf, Herrn Mietke, noch nicht. In seinem staatsretterischen Drange ging er zum Amtsvorsteher und wies darauf hin, daß die geistigen Urheber der Sache die Genossen Wildbrett und Buchner seien. Herrn Mietkes Denunziation hatte Erfolg. Denn die beiden Genossen wurden bald darauf ebenfalls verhaftet. Herr Mietke hatte sein Ziel erreicht; die Unabhängigen zur Strecke gebracht. Bei der kürzlich stattgehabten Verhandlung wurden verurteilt: Richter und Buchner zu 1½ Jahr, Wutke, Haby und Wildbrett zu ein Jahr Gefängnis. In der Verhandlung machte der Amtsvorsteher von Rahnsdorf über Mietke die Angaben, die wir oben wiedergegeben haben. Dieser Mietke ist Krankenkassenkontrolleur und es muß befürchtet werden, daß er auch sonst sein denunziatorisches Handwerk fortsetzt. Deshalb teilen wir den Tatbestand mit.

Wie wir übrigens erfahren, hat das Verhalten Mietkes auch schon den Vorstand von Rahnsdorf beschäftigt. Dabei soll Herr Baumeister Herrn Mietkes Verhalten noch zu entschuldigen versucht haben mit dem Hinweis, daß M. stark mit Arbeit in Anspruch genommen gewesen sei, man dürfe deshalb die Angelegenheit nicht so tragisch nehmen. Unserer Meinung nach gibt es für diese niedrige Handlungsweise gar keine Entschuldigung. Wer denunziert, ist und bleibt ein verächtliches Individuum. Und wenn die Rahnsdorfer Mehrheitssozialisten einen solchen Mann an ihrer Spitze dulden, sind sie mitschuldig.

Leichtfertige Anklagen.

Die Verhandlungen vor den außerordentlichen Kriegsgerichten in den letzten Tagen zeigen, daß den während der Märzereignisse verhafteten Personen in den meisten Fällen keine Beteiligung an den Kämpfen gegen die Regierungstruppen nachgewiesen werden kann. Die Anklagen wegen Aufruhr werden von den Kriegsgerichten oft fallen gelassen. Es bleiben meist nur Uebertretungen des Verbots betr. den Besitz von Waffen übrig, die den ordentlichen Gerichten zur Aburteilung überwiesen werden.

Das außerordentliche Kriegsgericht des Landgerichts I verhandelte gestern u. a. gegen den Zimmermann Speckhahn, der beschuldigt wurde, an den Kämpfen in der Frankfurter Allee als Führer der Aufständigen beteiligt gewesen zu sein. In der Beweisaufnahme wurde jedoch festgestellt, daß Sp. nur für Ruhe und Ordnung gesorgt und das Publikum von den gefährdeten Straßenzügen ferngehalten hat. Das Gericht schloß sich dem Antrage des Verteidigers Dr. Frey an und erkannte auf Freisprechung des Angeklagten.

Das außerordentliche Kriegsgericht des Landgerichts II verurteilte den jugendlichen Hellmut Biener auf Grund des § 115 Abs. 2 des St.G.B. wegen schweren Aufruhrs zu 3 Jahren Gefängnis, weil er sich an den Kämpfen auf der Seite der Aufständigen beteiligte. Trotzdem dem Angeklagten nicht nachgewiesen werden konnten, daß er auf die Regierungstruppen geschossen hat, erkannte das Gericht auf eine derartig hohe Strafe.

Eine Reihe anderer Aufruhrprozesse wurde vertagt, da noch weitere Zeugen geladen werden sollen.

Cöpenick. Gemeindevertretersitzung vom 4. April. Zur Beratung stand der Antrag der Unabhängigen Partei betreffend Auflösung des Magistrats. Während die Rechtssozialisten diesen Antrag unterstützten, bekämpften ihn die Bürgerlichen, doch wurde er gegen ihre Stimmen angenommen. Durch Genossen Lampe brachten die Unabhängigen weiter den Antrag ein, ein Wohnungsamt zu schaffen. Die Bürgerlichen verteidigten hier die Hauswirte und kritisierten die Lohnforderungen der Arbeiter. Genossen Sarbkie gelang es jedoch, die Ausführungen der Bürgerlichen zu widerlegen. Der Antrag der Unabhängigen wurde sodann angenommen. — Des weiteren wurde im Interesse einer großzügigen städtischen Bodenpolitik von den Unabhängigen der Antrag auf Errichtung eines Kleingartenbau-Amtes, besonders auch im Interesse der Kriegsbeschädigten, gestellt. Dieser Antrag wurde der Felddeputation zur weiteren Berücksichtigung überwiesen. Nach einem Vortrag des Stadtbaurats wurde die Genehmigung eines Gesellschaftsvertrages zur Gründung einer Siedlungsgesellschaft G. m. b. H. erteilt und unser Genosse Beyer in den Aufsichtsrat gewählt. Von weiteren Anträgen, denen zugestimmt wurde, seien erwähnt: die Bereitstellung eines Fonds für die in Not geratenen Kriegsteilnehmer, sowie der bürgerliche Antrag auf Errichtung einer Warmwasserbadeanstalt, welcher von uns natürlich voll und ganz gebilligt wurde. Desgleichen wurde dem Antrage der Rechtssozialisten, daß in Zukunft in der letzten Klasse der höheren Schulen keine Neuaufnahmen mehr stattfinden, zugestimmt. Es fanden noch Neuwahlen der Kommission für Körper- und Jugendpflege, sowie die Wahl eines Bürgerdeputierten für die Gesundheitskommission statt.

Arbeiterrat Neukölln. Donnerstag, den 10. April, nachmittags 5 Uhr, findet im Stadtverordnetensaal eine Vollsitzung des Arbeiterrats statt. Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig.

Lebensmittelkalender.

Von vielen Seiten laufen Beschwerden darüber ein, daß die Nachrichten des Lebensmittelkalenders zu spät oder gar nicht gebracht werden. Wir haben bisher alle dahingehende Eingänge sofort veröffentlicht. Wir möchten aber die Genossen der einzelnen Gemeindevertretungen bitten, entweder selbst uns die Lebensmittelnachrichten sofort nach Bekanntwerden zugehen zu lassen, oder dafür zu sorgen, daß die Pressenabteilungen der einzelnen Magistrate uns alle Veränderungen des Lebensmittelkalenders rechtzeitig und regelmäßig zugehen lassen.

Berlin. Auf die C II-Kinderkarten wird auf die Dauer von 4 Tagen und zwar vom 9. April bis 12. April je eine Büchse Kondensmilch verabfolgt. Im übrigen verbleibt es bei der bisherigen Belieferung. — Die Vollmilchkarten für Mai 1919 werden in den zur Fettstelle Groß-Berlin gehörenden Gemeinden in den nächsten Tagen ausgegeben und zwar in Berlin für die Kinder im 1. und 2. Lebensjahre am Mittwoch, den 9. und Donnerstag, den 10. April, für die Kinder im 3. und 4. Lebensjahre am Freitag, den 11. und Sonnabend, den 12. April, für die Kinder im 5. und 6. Lebensjahre am Montag, den 14. und Dienstag, den 15. April. Jedoch sind den Haushaltungen, denen Karten für verschiedene Altersstufen zustehen, sämtliche Milchkarten an einem Tage auszuhändigen. Die Inhaber der Vollmilchkarten haben die Mai-Karten bis zum 22. April d. J. einschließlich der Kleinhändler vorzulegen. Es dürfen sich Inhaber von A- und B-Kinderkarten und von Karten über ¾ Liter, welche mit A gekennzeichnet sind, nur in den durch ein Plakat gekennzeichneten A- und B-Milchgeschäften, Inhaber der übrigen Vollmilchkarten nur in den durch einen Aushang kenntlich gemachten C-Milchgeschäften zum Bezug von Vollmilch anmelden.

Spandau. Da die in vergangener Woche verteilten Auslandseier nur zur Belieferung von etwa vier Fünftel der Einwohnerschaft ausreichten, behält Eierabschnitt 76 der Lebensmittelkarte bis auf weiteres seine Gültigkeit und ist aufzubewahren. — In der Verkaufsstelle im Rathaus wird unabgewogener Mohrrübensamen zum Preise von 70 Pf. je Tüte ausgegeben. Als Ersatz für die gekürzte Kartoffelration wird gegen Abtrennung der Abschnitte 15 und 16 der Kartoffelkarte dieser Woche insgesamt 200 Gr. Roggenmehl in den einschlägigen Geschäften ausgegeben. Die Felder verlieren mit Ablauf des 14. April ihre Gültigkeit. Eine größere Anzahl von Geschäften ist mit Trockengemüse, Trockenmohrrüben und Trockenweißkohl beliefert worden, welches gegen Abtrennung von Feld 259 der Lebensmittelkarte verkauft werden darf und zwar ... auf eine Karte. Der Verkaufspreis darf für Trockenmohrrüben den Betrag von 2,36 M. und für Trockenweißkohl den Betrag von 2,90 M. für ein Pfund nicht überschreiten.

Reinickendorf. Auf Abschnitt 108 der Lebensmittelkarte Groß-Berlin gelangen 250 Gr. Marmelade zum Preise von 80 Pf. zur Ausgabe. Die Anmeldung bei den Kleinhändlern und den amtlichen Verkaufsstellen hat bis einschl. 9. April zu erfolgen. Der Tag der Ausgabe wird noch bekanntgegeben. — In den amtlichen Verkaufsstellen (Milchausgabe) Pankower Allee 32, Residenzstr. 71 und Eichbornstraße 34a gelangen am 9. April Eier auf Kinderkarte C zur Ausgabe. Es entfällt je ein Ei zum Preise von 70 Pf. auf den abzutrennenden Abschnitt C. XII. (April 19). Die Ausgabe findet von 10—1 Uhr statt. — In den amtlichen Verkaufsstellen gelangt auf den Aprilabschnitt der Kinderkarte A ein Pfund Gerstenmehl zur Ausgabe und auf den Abschnitt XII werden 2 Pakete Keks verabfolgt. Auf den Aprilabschnitt der Karten B, C und D gelangen je 1 Paket Milchsüßspeise oder Puddingpulver zur Ausgabe.

Aus den Organisationen.

Teltow-Beeskow. Donnerstag, 10. April, abends 6½ Uhr, im Kreisbureau Neukölln, Neckarstr. 3, Sitzung des Kreisvorstandes. Die Vorstandsmitglieder werden ersucht, pünktlich zu erscheinen, da wichtige Fragen zu erledigen sind.

Niederbarnim. Redner-Unterrichtskursus Bezirk III B Reinickendorf-Ost und -West, Borsigwalde, Tegel, Wittenau, Niederschönhausen und umliegende Orte, die Orte an der Oranienburger Bahnstrecke bis Oranienburg, Mittwoch, den 9. April, abends 6 Uhr, Lokal „Arbeiter-Jugendheim", Reinickendorf-Ost, Amendestr. 79, am Wasserturm Bahnhof Schönholz.

Vierter Kreis, 20. Abteilung. Mittwoch, 9. April, abends 7 Uhr, Abteilungsversammlung im Lokal von Bolzmann, Lichtenberger Straße 21. Vortrag des Genossen Rulff: Das Rätesystem.

Sechster Kreis. Die Kreiskonferenz am Freitag abend findet bei Buttner in der Schwedter Straße statt, nicht wie beabsichtigt in der Schulaula Gleimstraße. — Die Bezirksführer werden gebeten, die Broschüren über die Hoffmannsche Rede heute abend vom Bureau Gerichtstraße 71 abzuholen.

Charlottenburg, 4. Gruppe. Heute gemeinschaftlicher Zahlabend bei Thelen, Kaiser-Friedrich-Str., Ecke Pestalozzi-Str. (Das Gebiet der 4. Gruppe wird begrenzt durch Kaiserdamm—Bismarckstr.—Kaiser-Friedrich-Str.—Stuttgarter Platz und Königsweg.)

Neukölln. Die Bezirksführer können heute, Mittwoch, nachmittag von 4 Uhr ab Material zu den Bezirksabenden im Bureau in Empfang nehmen. Es ist dringend notwendig, daß sämtliche Bezirksführer erscheinen oder einen Vertreter entsenden.

Steglitz. Donnerstag, 10. April, abends ½8 Uhr, öffentliche Versammlung in der Aula der Oberrealschule Elisenstraße. Referent Dr. Moses über 1848—1919.

Wilmersdorf. Am Mittwoch, den 9. April, abends 7½ Uhr, finden vier Abteilungsversammlungen in folgenden Lokalen statt: Pieske, Paulsborner Str. 28; Gröschke, Kaiser-Allee 209; Schilling, Laubacher Str. 21; Mauer, Durlacher Str. 7.

Oberschöneweide. Heute, Mittwoch, Zahlabend in den bekannten Lokalen.

Wittenau. Heute, Mittwoch, den 9. April, abends 7½ Uhr, bei Friedrich Schulze, Oranienburger Str. 88/89, für alle drei Bezirke kombinierter Zahlabend, verbunden mit Generalversammlung. Zutritt haben nur Mitglieder. Mitgliedsbuch legitimiert.

Oranienburg. Mittwoch, 9. April, abends 7½ Uhr, Zahlabend in folgenden Lokalen: 1. Bezirk Altstadt: Rohrlach, Kanalstraße; 2. Bezirk: Mittelstadt: Neuseler, Stralsunder Hof, Stralsunder Straße; 3. Bezirk: Neustadt: Frahm, Schützenstr. 34. Neuaufnahme von Mitgliedern.

Borsigwalde! Zahlabend Mittwoch, 9. April, abends 7½ Uhr, bei Schulz, Schubartstr. 39.

Mahlsdorf. Die Zahlabende finden am zweiten Mittwoch jedes Monats in Mahlsdorf-Ort, bei Fiebler, Bahnhofstr. 22, und in Mahlsdorf-Süd, bei Wook, Uhlandstr., abends um 7½ Uhr statt.

Freie Jugend, Gruppe Norden. Mittwoch, 9. April, abends 7½ Uhr im Jugendheim, Brunnenstraße 57. Vortrag: „Freie Jugend, Zweck und Ziele." — Donnerstag, 10. April, abends 7½ Uhr, Fortsetzung des Vortrages: Jugend und Partei.

Spiel und Sport.

Märkische Spielvereinigung. Bezirk Groß-Berlin. Zwecks Ermittelung einer Städtemannschaft zum Städtespiel Berlin gegen Cottbus-Forst finden am Sonnabend, 5½ Uhr nachm., besondere Auswahlspiele statt. In Neukölln, Grenz-Allee stehen sich die Auswahlmannschaften der Gruppe A und B gegenüber, in Pankow, Pichelswerder Straße treffen sich Gruppe C gegen E.

Freie Turnerschaft Neukölln-Britz. Das Turnen der Schülerinnen-Abteilung in der Werderstraße in Britz findet abends von 5—8, der 2. Damen-Abteilung von 8—10 Uhr statt.

Geschäftliches.

Ein neuer Filmpalast wird demnächst in Kellers Festsälen, Koppenstr. 29, eröffnet.

Kleine Anzeigen

Piano
oder Flügel, ... kauft Schacht-Schneider, ... Str. 14 III ... erbeten.

Pianos, tadellose, gebrauchte von 12—1800.— M. verkauft Pianohaus Max Hecker, Andreasstraße 47.

Odeon Musik-Apparate. Schrankform, trichterlos, alle Modelle. Odeon Musikplatten, alle Neuheiten. Odeon Künstlerplatten von Jadlowker, Slezak, Piccaver, Naval, Erb, Vogelstrom, Schrader, Hempel, Destinn, Ivogün, Denera, Culp. Das Unterschränke für Trichterlose u. Trichterapparate Plattenalbums. Große Ausstellung in Lauten, Gitarren, Mandolinen, Violinen, Konzertzithern, Menzenhauer Zithern (2 Jahre Garantie), Menzenhauer Accord-Harmoniums, 30 hochartige Konzert- u. Salon-Harmoniums, bis 19 Register, in Eiche u. Nußbaum, Accordeons ein-, zwei- u. dreireihig mit Stahlstimmen, Lederbalg und Schotzecken, Handoniums, Feinste Konzert-Koch-Mundharmonikas (Gemsbockmarke). Cellos u. alle einschlägigen Instrumente u. dazu gehörigen Bestandteile. Eigene Reparateure für Mechanische und Saiten-Instrumente. Alles größtenteils Friedensware und noch billig. Schweizer Musikhaus, Schönhauser Allee 136. Filialen: Schönhauser Allee 130, Badstraße 57, Weißensee, Antonplatz, Reinickendorfer Str. 117.

Verkauf.
Ein Paletot, Jackett, getragene Ledergamaschen. Schneider, Kameruner Strasse 43.

Plüsche,
Möbelstoffe, Stoffreste kauft jeden Posten „Gelbbeerenmacher" Cleidat, Hagenauer Straße 14, Tapezierer.

Nessel, Leinen,
Drell, Köper, Wäschestoffe kauft Klingberg, Marburger Straße 8, Steinplatz 6607.

Gardinen, Teppiche, Tischdecken, Divandecken, Künstlergardinen, Zuggardinen, Stores, Portieren, Steppdecken, Tüllbettdecken, Läuferstoffe, Federbetten usw. staunend billig. Herzig's Gelegenheitskäufe. Zehdenicker Straße 15, (nahe Rosenthaler Platz).

Möbel-Kath
liefert komplette Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbelstücke, Küchen. Teilzahlung gestattet. Stoffel Str. 44, am Oranienburger Tor.

Reizende
Schlafzimmer, Speisezimmer mit Riedledersofa, Küche, Ankleideschrank, Versch. einz., Umbausofa, Chaiselongue, Bettstelle, eichenes Büfett, Schreibtisch, Waschtoilette, Trumeau, Teppiche, Federbetten verkauft Teltz, Köpenicker Str. 154, 4. Etg. Verkauf an Privatleute. Händler verb.

Möbelkredit
an jedermann. Kleinste Anzahlung, bequemste Abzahlung, größte Auswahl. ... Müllerstraße 7 eine Treppe.

Mehrere Speiseeisdeckel zu verkaufen. Zu erfragen Exped. der Freiheit, Kaiserin-Augusta-Allee 6.

Möbel- und Geschäftsfuhrwerk fährt Waldemar ..., ... Str. 20.

Elektrische Leitungsdrähte, Litzen-Kabel kauft Schumann, Andreasstraße 76, vorn II, am Schlesischen Bahnhof.

Leitungsdrähte. Kabel, Litzen, Anker- und Spuldraht kauft höchstzahlend Elektrobüro Oranienstr 197 Mol. 4016.

Spiralbohrer, jeden Posten, kauft Buschhaus, Huttenstr. 28.

Kupferleitungen, Kabel, Litzen kauft zu höchsten Tagespreisen Elektro-Büro, Langestraße 27 I Ecke Andreasstraße. Alex. 3939.

Elektrische Leitungsdrähte, Installationsmaterial kauft **Ruschkowsky**, Türkenstr. 18 II. Moabit 1065.

Spiralbohrer Metalle
kauft Pasenecker, Neue Königstr. 38, Hof I. am Alexanderpl.

Spiralbohrer. Walzenfräser, Werkzeuge, Schmirgelleinen, Treibriemen kauft Winkelmann, Maschinenfabrik, Schönhauser Allee 167a.

Singer-Maschine, große m. Klappe, gut erhalten, verkauft Stolle, Braunsberger Str. 41, 2. Port. II.

Platina
Gramm 10 M., Gebisse, Gold, Silberabfälle kauft Frau Knuth, Zionskirchstr. 54 v. II.

Platina
Gramm 10 Mk. Zahngebisse, Gold, Silberabfälle kauft Frau Linke, Blücherstraße 40.

Holzräder aller Größen, Leiterwagen, Kastenwagen, engros und detail. Weidlich, Brunnenstraße 96. Nord. 5684.

Spiralbohrer, Schnellschnitt, jeden Posten kauft Knortz, Neukölln, Weisestraße 37.

Spiralbohrer, neue, kauft jede Dimens., kosisch, Knab, Steglitz 3041, Markelstr. 2.

Felle gerbt,
färbt, Pelze reinigt **Gerberei**, Neukölln, Hermannstraße 8.

Landrichter, außerdienstlich, Prozeßführung bei allen Gerichten, gewissenhafter Rechtsbeistand in allen erdenklichen Fällen. Bearbeitung aller Rechtssachen, Eingaben jeder Art. Beratung kostenfrei. Armensachen werden übernommen. Lothringer Str. 47 (Rosenthaler Tor), Hannoversche Str. 2 (Oranienburger Tor).

Rechtsrat! v. Herwiler, Borsstraße 11 (Stettiner Bahnhof). Vertretung vor allen, auch auswärtigen Gerichten. Ehescheidungs-, Alimenten-, Strafsachen! Gnadengesuche. Letzte Erfolge: 6 Monate 7 Wochen Gefängnis erlassen! Kriegsgerichte, Haftentlassungs-Gesuche. Viele Anerkennungen. Rat erteilung umsonst. Auch Sonntag vormittag.

Kostenlose Rechtsberatung! Spezialist: Ehesachen, Strafsachen! Gesuche, Prozeßführung vor allen Gerichten. Mielke, DemminerStr. 31, Ecke Putbusser Str.

Gummi
giebt es zu wenig dafür gute Ersatzbereifung. Prima Schulranzen aus Leder, prima Rucksäcke mit Lederriemen und alle Bedarfartikel für Radfahrer im Fahrradgeschäft Brunnenstraße 36 H. I parterre.

Metallbettstellen, Auflagematratzen, Chaiselongues 90.— an, Umbausofas, Tapezier., Walter, Stargarder Strasse 18.

Tisch 25.—, Portierenstange m. R. 2½ M. 10.—, Puppenbett 7.—, gr. Käseglocke 8.— Gaserhitzer 2 Flm. 5.—, Zinkwanne 43.—, Standuhr 6.—, Waschkorb 7.—, Damast Handtücher Stck. 7.—, Schaftstiefel Gr. 43, 65.—, Spirituseisen 9.—, Kinderwag. 70.—, **Hauer, Liebigstr. 31, Quergeb. I. O. 112.**

Fast neuer Gehrockanzug zu verkaufen. Kühne, Soldiner-Str. 18, v. III.

In der Spedition
Zacher, Fischerbrücke 2,
werden dringend sofort
Botenfrauen
eingestellt.

Achtung! Erkner.
Die Spedition der Freiheit in Erkner befindet sich bei **Walter Eschbach**, Karse Straße 4.

Straßenhändler — Hoher Verdienst!

Liebknechts letzte Tage
erscheint heute im Verlag Philipp & Schröder, Gipsstraße 8 part. — Ausgabezeit von 9—3 Uhr.

Geschlechtskranke
verlangen im eigenen Interesse, um sich vor minderwertigen Heilverfahren zu schützen, meine aufklärende Broschüre über Tripper, Syphilis, Blutuntersuchung usw., wirkungsvolle und wertvolle Heilmethoden im verschlossenen Umschlag à 1 M. (auswärts 1.25 M.), ebenso in den Sprechstunden erhältlich. — Weitere mündliche Auskunft kostenlos.
Spezialarzt Dr. med. Karl Reinhardt.
Berlin, Potsdamer Str. 117, an der Lützowstraße.
Sprechstunden 11—2 mitt. u. 5—8 abends, Sonntag 11—1.
Warnung v. schwindelhaft. Anpreis. angeblicher Spezialärzte.

+ Spezial-Behandlung +
von Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden jeder Art
b. Männern u. Frauen, Harnröhrenausflüsse, Syphilis, Mundausbrüche, Flechten, Geschw., Beinleid., Manneschwäche usw. nach Prinzipal Dr. Hermanns erfolgreichem, giftlosem Heilverfahren möglichst schmerzlos, ohne Operation u. Berufsstörung. Auch Anwendung der wissenschaftl. anerkannten u. glänzend bewährt. künstl. Höhensonne. Auf Wunsch Sanabo-Behandl.
Dir. Hermanns Elsasserstr. 42, I (4 Min. v. Stett. Bahnhof, Ecke Friedrichstraße. Sprechst. 10—12 u. 4—7 Uhr) Sonnt. v. 10—12 Uhr vorm.

Spezial-Behandlung
von Geschlechts-, Haut- und Harnleiden
jeder Art bei Männern und Frauen, spez. veraltete, hartnäckige Harnleiden u. Ausflüsse, Geschwüre, Ausschlag etc. Manneschwäche. Ehrlich-Hata-(Salvarsan)Kuren. Blutuntersuchung. Licht- und Flaschen-Behandlung. Eigenes Kur-Bad für elektrische u. mediz. Bäder. Damenraum separat.
Aerztlich geleitete Heilanstalt.
Löser, Münzstr. 9, nahe Alexanderplatz 9-1, 4-8, Sonntags 9-1.

Spezial-Arzt f. Geschlechtsleiden
spez. veraltete, hartnäckige Harnröhren-Ausflüsse, Geschwüre, Ausschlag, Mundausbrüche, Manneschwäche. Gegen Syphilis eigene Heilmethode verbunden m. Salvarsan-Kuren. Urin- u. Blutuntersuchungen. Im ersten u. ältesten Kur-Institut von **Dir. Löser senior.** Nur Rosenthaler Straße 69-70 am Rosenthaler Platz.
Röntgen-Laboratorium. Heil-Anstalt für elektr. u. med. Bäder. Behandlungszeit 9-1, 4-9, Sonnt. 9-1. Separates Damenzimmer.

Polnisch, Russisch,
Englisch, Französisch, Deutsch, Rechnen, Schreiben, deutsche und polnische Stenographie, Maschinenschreiben, kaufm. u. landwirtschaftl. Buchführ., Tages- u. Abendkurse.
Kaufmännische Privatschule von Paul ...
Berlin, Köpenicker Straße 143, am Schlesischen Bahnhof.

Facharzt
Dr. Meyenborg
für Geschlechtsleiden
11—1 und 5—7 Uhr
Jägerstr. 12.

3 Arbeitersekretäre
für Leipzig gesucht.
Gewünscht werden ... Kräfte. Gehalt nach ... einkunft, im übrigen ... die Bestimmungen der ... eines Arbeiterpresse... Bewerbungen sind bis ... April er. an Erich Schilling, Leipzig, Zeitzer Str. ... einzusenden.

Botenfrauen
werden noch in nachstehenden Speditionen eingestellt:

Berlin:
Zacher, An der Fischerbrücke 2.
Bley, Naunynstraße 38.
Hendel, Holzmarktstr. 18.
Hadbarth, Michaelkirchplatz 8.
Hennig, Zossenerstraße 14.
Gierschner, Gitschiner Straße 83.
Döring, Steinmetzstraße 39.
Peterlein, Merseburger Straße 34.
Wientke, Dorotheestraße 1.
Schillbauerdamm 19.
Thoruseiter, ... Str. 48.

Charlottenburg:
Lorenz, Wallstr. 68.

Niederschöneweide:
Schaffranitz, Grabenstraße 67.

Steglitz:
Nauck, Albrechtstr. 4.

Wilmersdorf:
Beucke, Gieselerstraße 38.

Spandau:
Köppen, Berlinerstr. 54.

Schöneberg:
Burtert, Gustav-...straße 1.

mit Japan im Jahre 1915 abgeschlossenen Vereinbarungen und Verträge verlange, weil ihr Inhalt unvereinbar sei mit den Grundsätzen, auf denen der Völkerbund sich aufbaue.

Ungarn gegen deutsche Sozialpatrioten.

Privattelegramm der „Freiheit".

Budapest, 7. April.

Die deutschen Sozialpatrioten verbreiten noch immer das alberne Märchen, daß unsere Diktatur eine Art patriotischer Rache wäre. Sie erblicken darin bloß ein Mittel, womit sie die Ententeimperialisten für die Bourgeoisie der Mittelmächte günstiger stimmen wollen. Freilich hat der Ententeimperialismus den Sturz der ungarischen Bourgeoisie beschleunigt, indem es sie furchtbar geschwächt hat. Aber die Diktatur des ungarländischen Proletariats wäre auch ohne die Entente gekommen, wie sie auch in Deutschland kommen wird, trotz der unzähligen Verrätereien der Sozialpatrioten.

Wie es uns nicht einfällt, die Diktatur des ungarländischen Proletariats zu mißbrauchen, um für die Bourgeoisie die Kastanien aus dem Feuer zu holen, so wird auch das Proletariat Deutschlands, wenn es die Macht erobert, diese nicht zur Stärkung der deutschen Imperialisten verwenden, sondern sie vernichten, sie und alle ihre Komplizen, die Scheidemänner, Ebert, Noske und David, ebenso wie ihre Presseknechte.

Mit Parteigruß Bela Kun.

Streik der Eisenbahner in Danzig.

Danzig, 8. April.

Die aus 2000 Arbeitern bestehende Arbeiterschaft der Eisenbahnhauptwerkstätte beschloß, in den Ausstand zu treten, da die Forderung auf Gewährung einer Teuerungszulage von 300 Mark und Ausbaues des Erholungsurlaubes mit der Begründung abgelehnt worden war, daß die Teuerungszulage nicht nur den Danziger Arbeitern gewährt werden könne und es unmöglich sei, sie den gesamten deutschen Eisenbahnern zu geben. Abends wurde der gesamte Vorort- und Fernverkehr von Danzig aus eingestellt.

Sitzung des Vollzugsrats.

Maifeier und Belagerungszustand. — Maßnahmen gegen aufreizende Flugblätter.

Der Vollzugsrat hielt am 8. April eine Sitzung ab, in der Stellung zur Feier am 1. Mai genommen wurde. Gemäß eines Beschlusses der Gewerkschaftskommission müsse es Aufgabe des Vollzugsrates sein, eine Resolution auszuarbeiten, die es den sozialdemokratischen Parteien aller Richtungen ermöglicht, dafür einzutreten.

Der Vollzugsrat überweist diese Angelegenheit nochmals den Fraktionen, die zur nächsten Sitzung einen Entwurf zur Beschlußfassung vorzulegen haben. Ganz besonders wurde bei der Debatte zum Ausdruck gebracht, daß eine Maifeier unter dem Belagerungszustand nicht möglich wäre und dieser darum aufgehoben werden müßte.

Gegenstand der Beratung waren außerdem zwei Flugblätter, von denen folgendes in der Reichsdruckerei hergestellt worden ist:

Das bayerische Freikorps.

1. Was es will?

Es will zusammen mit Bauern, Arbeitern und Bürgern sein Bayernland schützen gegen den Feind von außen, und wenn es das Bayernvolk verlangt, auch gegen den im Innern.

Es will schützen Haus, Hof und Heid!

2. Was es nicht will?

Es will nicht rauben, plündern oder morden. Es will nicht leichtfertig die Waffen richten gegen eigene Volksgenossen.

Es soll und will nicht ein Feind, sondern ein Helfer und Retter seines Bauernvolkes sein.

3. Wen es braucht?

Es braucht jeden, der sein Bayernland mehr liebt als sich selbst, es braucht vor allem die wehrfähige Jugend des stets für die Heimat todesmutig und opferfreudig eintretenden Bayernvolkes.

Rein wie die Liebe zur Heimat sei auch der Dienst.

Drum hinein in das bayerische Freikorps für den Heimat- und Grenzschutz.

Auf zur Sammel- und Meldestelle auf dem Truppenübungsplatz Ohrdruf bei Gotha.

Reisekosten werden ersetzt.

Bayer. Korpsabzeichen: Goldener Löwenkopf in schwarzem Kreise auf dem linken Oberarm.

Vom Reichswehrminister genehmigt.

gez. Franz von Epp, Oberst.

Nachstehendes Flugblatt, ein Erzeugnis der Firma Mosse hat folgenden Wortlaut:

„Drauf"
statt
los von München,
dieser Bolschewistenstadt.

Ein Häuflein bestochener Agenten aus Rußland terrorisiert München, das auf Befreiung durch Euch wartet. Duldet Ihr einen Trotzki, einen Diktator und Mörder, wie jetzt in Rußland, so wird dann auch in unserm Bayern das Elend triumphieren!

Von nirgends bekommen wir Lebensmittel her!

Das Reich schickt keinen Pfennig mehr!

Wie wenig gilt dann Bayern in der Welt, das bisher ein gewichtiges Wort mitzureden hatte.

In nichts wird es zerfallen, geschwunden und gedrückt wird es werden!

Das wollt Ihr nicht, das will keiner, der nicht Agent und Spion ist.

Um das zu verhindern, darf kein anständiger Bayer fehlen!

Alles heran mit ganzer Tatkraft!
Verlaßt die Werkstätten,
formiert Euch und dann drauf auf Münchens Gesindel!
Es lebe die Republik!
Nieder die Knoochie!
Handeln! Handeln! Sofort handeln!

Beide Flugblätter wurden entgegen der gesetzlichen Bestimmungen ohne Angabe des Druckers hergestellt. Die in beiden Druckereien beschäftigten Arbeiter weigerten sich, solche Flugblätter zu drucken und wandten sich darum an den Vollzugsrat. In bezug auf das letzte Flugblatt wurde einstimmig beschlossen, die Arbeiter aufzufordern, die weitere Herstellung abzulehnen und dafür Sorge zu tragen, daß auch anderwärts dieselbe Haltung dazu eingenommen wird.

In Erledigung des zuerst angeführten Flugblattes wurde bei Stimmenthaltung der Mitglieder der S. P. D. derselbe Beschluß gefaßt. Der Vollzugsrat ließ bei der Beschlußfassung sich von dem Gesichtspunkt leiten, daß es nicht Sache Berliner Arbeiter wäre, Flugblätter solchen aufreizenden Inhalts herzustellen.

Gewerkschaftliches.

Generalstreik der Bankbeamten.

Wie wir im gestrigen Abendblatt bereits berichteten, haben die Organisationen der Bankbeamten gestern den Generalstreik für Berlin beschlossen. Er ist entstanden aus dem Verhalten der Großbanken Berlins, die die von dem Streik betroffene Bank unterstützten. Die Diskontogesellschaft hat sogar in ihren Räumen die Direktion der Darmstädter Bank mit etwa hundert „Arbeitswilligen" aufgenommen. Bei den gestrigen Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsamt erklärten die Vertreter der Großbanken daß ihre Angestellten ja nicht gezwungen würden, Streikarbeit zu leisten. Diese Erklärung konnte natürlich den Organisationsvertretern nicht genügen. Infolgedessen haben der Allgemeine Verband der Deutschen Bankbeamten und der Deutsche Bankbeamtenverband den Generalstreik für Berlin beschlossen. Außerdem haben sie ihren Ortsgruppen im Reiche Anweisung gegeben, daß auch die

auswärtigen Filialleitungen der Berliner Großbanken in den Streik mit einbezogen

werden, wenn nicht bis zum 10. d. M. der Berliner Konflikt beigelegt ist oder Verhandlungen angebahnt sind.

*

Eine Versammlung der Berliner Bankbeamten, die den Zirkus Busch bis auf den letzten Platz füllte, nahm gestern zu den Maßnahmen der Streikleitung Stellung. Emonts vom Allgemeinen Deutschen Bankbeamtenverband berichtete über die Lage. Die Bankbeamten, sagte er, seien sich wohl der ungeheuren Tragweite des Generalstreikbeschlusses bewußt. Aber man könne auch nicht verlangen, daß die Bankbeamten ihrer exponierten Stellung im Wirtschaftsleben wegen auf die Verbesserung ihrer Lage verzichten sollen. Bereits seit Ausbruch der Revolution haben Verhandlungen mit den Direktionen stattgefunden. Es sei nicht möglich gewesen, die Direktoren, die ein Einkommen von Zehntausenden Mark haben, zur Anerkennung der Angestelltenforderungen zu bewegen. Die Angestellten fordern eine reichstarifliche Regelung ihrer Gehaltsverhältnisse mit einem Grundgehalt von 3750 Mark für Angestellte über 20 Jahren, das in den ersten zehn Jahren um 400, in den zweiten zehn Jahren um 300 und im dritten Jahrzehnt um 200 Mark pro Jahr bis zum Höchstbetrage von 15 000 Mark steigen soll. Die Angestellten verlangen aber auch ein Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte in allen Personalangelegenheiten. Der Redner sprach die Hoffnung aus, daß aus diesem gemeinsamen Kampfe der beiden Angestellten-Organisationen sich die Einheitsgewerkschaft der Bankbeamten entwickeln möge. (Stürmischer, langanhaltender Beifall!)

Nuttkam schloß sich im Namen des deutschen Bankbeamten-Verbandes den Ausführungen Emonts vollinhaltlich an und betonte, daß seine Organisation mit dem Allgemeinen Verband der deutschen Bankbeamten den Kampf gemeinsam bis zur endgültigen Erreichung des Zieles durchführen werde.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde mitgeteilt, daß die Angestellten der Disconto-Gesellschaft, der Dresdner Bank, der Deutschen Bank und der Mitteldeutschen Credit-Bank geschlossen für den Streik eingetreten seien. Auch die Kassenboten und das technische Personal beteiligen sich daran.

Wegmann vom Vollzugsrat sprach den Bankbeamten seine Sympathie aus und wies auf den eigenartigen Zufall hin, daß der Generalstreik der Bankbeamten ausgerechnet an dem Tage beschlossen worden sei, an dem bekanntlich von den Reaktionären ein spartakistischer Generalstreik erwartet wurde. Er ermahnte die Anwesenden, sich von allen Demonstrationen auf der Straße fernzuhalten und betonte die Notwendigkeit einer geschlossenen Phalanx der Hand- und Kopfarbeiter zur Beseitigung des Kapitalismus.

Ihren geschlossenen Kampfeswillen bekundete die Versammlung, der schon während der Reden impulsiv zum Ausdruck gekommen war, durch Annahme folgender Resolution:

„Die versammelten Bankangestellten Groß-Berlins, organisierte und nichtorganisierte, sind mit der Proklamation des Generalstreiks der Großbank-Angestellten von ganz Deutschland einverstanden und stellen sich zu dessen Durchführung restlos der Streikorganisation zur Verfügung. Sie fordern die Kollegenschaft von ganz Deutschland auf, die Arbeit am 10. April d. J. niederzulegen, wenn nicht bis dahin vor dem Reichsarbeits-Ministerium seitens des Verbandes der Berliner Bankleitungen die Verhandlungen auf Grund des vom Allgemeinen Verband der deutschen Bankbeamten und des Deutschen Bankbeamtenvereins vorzulegenden einheitlichen Reichstarif aufgenommen werden."

In einer weiteren Entschließung wird der Berliner Vollzugsrat der A.- und S.-Räte ersucht, unverzüglich eine Vollversammlung einzuberufen, damit die gesamte Arbeiterschaft Berlins Gelegenheit hat, den kämpfenden Bankangestellten ihre Sympathie auszusprechen und ihnen Hilfe zu leisten.

*

Das Streikbureau der Discontogesellschaft befindet sich für heute im 2. Stock des Lokals „Hopfenblüte", Unter den Linden, Ecke Friedrichstraße. Die Kollegen dieses Instituts werden ersucht, sich behufs Entgegennahme von Informationen dortselbst im Laufe des Vormittags einfinden zu wollen.

Der Streik in der Berliner Metallindustrie.

Der Schiedsspruch gefällt.

Nach fünftägigen Verhandlungen ist gestern abend um 8 Uhr einstimmig ein Schiedsspruch gefällt worden, dessen wesentliche Bestandteile wie folgt lauten: Für die Angestellten, die das 20. Lebensjahr vollendet haben, erhöhen sich die Einkommen, wie folgt:

bei einem Monatseinkommen im Juli 1914 bis 100 M. auf 275 M. für männliche und 250 M. für weibliche Angestellte,

von mehr als

100	M.	bis	125	M.	um	165	Proz.,	mindestens	aber	auf	275,— M.
125	„	„	150	„	„	145	„	„	„	„	318,75 „
150	„	„	200	„	„	130	„	„	„	„	367,50 „
200	„	„	250	„	„	115	„	„	„	„	460,— „
250	„	„	300	„	„	105	„	„	„	„	537,50 „
300	„	„	400	„	„	80	„	„	„	„	615,— „
400	„	„	500	„	„	60	„	„	„	„	720,— „
500	„	„	600	„	„	40	„	„	„	„	800,— „

Es wird jedem Angestellten garantiert, daß sein neues Monatseinkommen, wenn er ledig ist, um 40 Mark, und wenn er verheiratet ist, um 45 Mark mindestens höher ist als im November 1918.

Die bestehenden Kinderzulagen, Funktionszulagen und Weihnachtsgratifikationen werden neben den obigen Sätzen gezahlt. So weit durch die obigen Sätze gegenüber im Januargehalt eine Erhöhung eintritt, ist die Differenz seit Januar 1919 sofort nachzuzahlen.

Für die Werkmeister tritt in den Stufen des Friedenseinkommens

150	bis	200	eine	Steigerung	von	180	Proz.
200	„	250	„	„	„	130	„
250	„	300	„	„	„	110	„
300	„	400	„	„	„	80	„
400	„	500	„	„	„	60	„
500	„	600	„	„	„	40	„

ein. Außerdem wird den Werkmeistern in der untersten Stufe eine Steigerung von 50 M., in der nächsten Stufe von 40 M. und in allen übrigen Stufen von 30 M. garantiert, die außer den obigen Sätzen mit Wirkung vom 1. 4. 19 gezahlt wird.

Für Angestellte unter 20 Jahren wurden Mindesteinkommen von 100 Mark bis 250 Mark mit Wirkung vom 1. 1. 19 festgelegt. Für Werkstattschreiber und -Schreiberinnen Mindestwochenlöhne von 22 bis 64 Mark vorgeschrieben.

In der Frage des Mitbestimmungsrechtes wurde zunächst festgestellt, daß die Verpflichtung der Arbeitgeber sich nach wie vor jeder Kündigung mit dem Angestelltenausschuß in Verbindung zu setzen bestehen bleibt.

In all den Fällen, in denen der Ausschuß der Ansicht ist, daß die Kündigung erfolgte, um den Angestellten wegen seiner Betätigung auf dem Gebiete der Politik oder der Vertretung der Berufs- oder Standesangelegenheiten zu maßregeln, wurde ein Einspruchsrecht des Angestelltenausschusses dergestalt festgelegt, daß die endgültige Entscheidung über die Wirksamkeit der Kündigung dem Schlichtungsausschuß zugewiesen wurde. Entscheidet dieser gegen die Firma, so muß die Firma die Kündigung zurücknehmen. Handelt es sich bei der Kündigung um Mitglieder des Angestelltenausschusses, so haben diese Anspruch auf Fortsetzung des Dienstverhältnisses bis zur endgültigen Entscheidung durch den Schlichtungsausschuß, auch wenn sich die Entscheidung über den Entlassungstermin hinaus verzögern sollte.

Schließlich wurde noch festgelegt, daß Maßregelungen zu unterbleiben haben. Beide Parteien sollen sich bis Freitag, 11. 4. 19, vormittags 10 Uhr, äußern, ob sie sich dem Schiedsspruch unterwerfen.

Es wird nun davon abhängen, ob die Unternehmer sich diesem Schiedsspruch fügen. Die Angestellten sind jedenfalls nicht gewillt, von ihren berechtigten Forderungen, die zum Teil durch den Schiedsspruch erfüllt werden, abzuweichen. Das geht mit aller Deutlichkeit auch aus dem nachstehend abgedruckten Aufruf der Streikleitung hervor.

An alle Angestellten der Metallindustrie!

Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern haben bis heute zu keinem auch nur einigermaßen annehmbaren Resultat geführt. Im Gegenteil sind die zu den Forderungen des Mitbestimmungsrechtes bisher gemachten kärglichen Zusagen z. T. wieder eingeschränkt worden. Der krasseste Herr-im-Hause-Standpunkt soll also auch in Zukunft in den Betrieben aufrecht erhalten werden.

Aber auch in Bezug auf die von allen Seiten durch die ungeheure Teuerung als unbedingt notwendig anerkannten Gehaltsaufbesserungen sind die zugestandenen Beträge nicht nur unzureichend, sondern ebenfalls teilweise wieder zurückgezogen. Dieses unsoziale Verhalten des Verbandes Berliner Metallindustrieller und seiner Gesinnungsfreunde muß geradezu erbitternd wirken. Immer mehr wird klar, daß die Herren gar nicht daran denken, die bedrohte Wirtschaft schleunigst wieder in Gang zu bringen, wenn es sich darum handelt, von ihrer bisherigen Macht ein bescheidenes Teilchen den Angestellten zuzugestehen. Diese haben das auch klar erkannt und die Folgen sind bereits sichtbar. Eine maßlose Empörung kam in den heutigen Betriebsversammlungen und den Versammlungen sämtlicher Obleute zum Ausdruck.

Kollegen und Kolleginnen! Seit 7 Tagen wird verhandelt und immer wieder verhandelt. Man rechnet offenbar damit, daß die Angestellten in ihrer Geschlossenheit nachlassen. Zeigt demgegenüber, daß ihr entschlossen seid, den Kampf zur Erfüllung eurer berechtigten Forderungen durchzuführen, bis der Sieg errungen ist.

Neue Maßnahmen stehen bevor und werden binnen kurzem durch die Obleute, welche sich heute, Mittwoch, den 9. April, um 9 Uhr wieder in Haversands Festsälen versammeln, den Betriebsversammlungen mitgeteilt werden. Der Presse-Ausschuß der Zentral-Streikleitung.

*

Auer-Angestellte! Versammlung aller streikenden Angestellten Mittwoch vormittags 10 Uhr in den Prachtsälen des Ostens, Frankfurter Allee. Die Streikleitung.

Optische Anstalt C. P. Goerz, A.-G. Am Mittwoch, den 9. April, nachmittags 2 Uhr, Betriebsversammlung aller Angestellten im Rathaus Friedenau (Bürgersaal). Erscheinen unbedingt notwendig. Die Streikleitung.

A.E.G.-Zentralverwaltung Friedrich-Karl-Ufer. Eine Betriebsversammlung der streikenden Angestellten findet Mittwoch, den 9. April, vormittags 11 Uhr, in den Sophiensälen, Sophienstraße 17/18 (nicht Reichshallen) statt. Die Streikleitung A.E.G.-F.N.U.

Damengangestellte. Betriebsversammlung Mittwoch, 9. April, morgens 10 Uhr, Stadttheater Moabit, Alt-Moabit 48. Die Streikleitung.

Angestellte der Schwartzkopff-Werke! Heute Mittwoch, mittags 1 Uhr, findet in den „Germania-Sälen" im „Weißen Saal" eine Versammlung der Angestellten der Schwartzkopff-Werke statt. Die Streikleitung.

C. Lorenz, Tempelhof. Die Versammlung aller streikenden Angestellten wird auf Mittwoch nachmittag 3 Uhr vertagt. Versammlungslokal: Meier, Tempelhof, Berliner Straße 78. Die Streikleitung.

Die Betriebsversammlung der Angestellten der Bergmann-Elektricitätswerke, A.-G., Berlin, findet Mittwoch vormittag 10 Uhr in den „Pharussälen", Müllerstr. 142, statt. Erscheinen aller Kolleginnen und Kollegen unbedingt erforderlich. Die Streikleitung.

Streik der Bauarbeiter.

Am Sonntag fanden im Lehrervereinshaus und in den Sophiensälen zwei überfüllte Versammlungen der Bauarbeiter statt, in denen beschlossen wurde, am Montag überall da die Arbeit einzustellen, wo die Forderungen der Bauarbeiter nicht erfüllt würden. Gefordert wird für Maurer 3,50 Mark, für Bauarbeiter 3,30 Mark pro Stunde, 41stündige Arbeitswoche bei voller Bezahlung der Regenstunden und bei Materialmangel.

Die Unternehmer lehnten die Forderungen ab, deshalb traten die Arbeiter am Montag früh auf allen Bauten in den Streik. Einzelne Unternehmer haben die Forderungen durch Unterschrift anerkannt. Der Streik dauert fort.

Buchdruckerei-Vertrauensleute! Alle am Montag abend bei Hennig, Alexandrinenstraße, versammelt gewesenen Vertrauensleute treffen sich heute, Mittwoch, morgens ½10 Uhr, wieder bei Hennig zwecks wichtiger Besprechung. — Auch sind die Vertrauensleute anderer Buchdruckereien ebenfalls willkommen.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindenbruckerei und Verlagsanstalt m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz. Direktion Friedrich Kayssler. 7½ Uhr: Luther.

Opernhaus
7 Uhr: Der Evangelimann.

Schauspielhaus
7 Uhr: Die Kreuzelschreiber.

Direktion Max Reinhardt
Deutsches Theater
7 Uhr: Wie es euch gefällt.
Kammerspiele
7½ Uhr: Unterwegs.
Kleines Schauspielhaus
7½ Uhr: Die Büchse der Pandora.

Neues Operettenhaus. Schiffbauerdamm (a. Norden 28)
7½ Uhr: Die keusche Susanne
13. IV. 1919, nachm. 3 Uhr: Der Soldat der Marie.

Lessing-Theater
Direkt.: Victor Barnowsky.
7½ Uhr: Der rote Hahn.
Donnerst.: Der Blaufuchs.
Freitag: Peer Gynt.

Deutsches Künstler-Theat.
7 Uhr: Der Schöpfer.
Donnerst.: Der Schöpfer.
Freitag: Kaahtbeleuchtung.

Theater am Nollendorfplatz.
6¾ Uhr: Clavigo.
7 Uhr: **Drei alte Schachteln**

Rose-Theater
7½ Uhr: Stärker als der Tod.

Walhalla-Theater
7½ Uhr: Der Jäger aus Kurpfalz.
3 Uhr: Hänsel u. Gretel.

Casino-Theater.
Lothringer Str. 37. Tägl. 7½ Uhr:
Berlins größte Sensation
Vater Knolle.
Berliner Volksstück in 3 Akten.
Vorh. d. neue April-Programm.
Sg. 3½ U.: Ehrliches Handwerk

Wintergarten
täglich 7½ Uhr
Varietévorstellung
Rauchen gestattet.

ehemalige Mitglieder der
Stettiner Sänger.
Seidel, Rosolli, Horst, Gräning, Schubert, Riess, Reikke, Otto Schrader, Paul Schrader.
Heute Nachmittag 3 Uhr:
Große Jugend-Vorstellung
Abends Anfang 7 Uhr.
Beginn des Blüthgen-Konzerts 7 Uhr.
Vorstellung präzise 7½ Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Kassenpreise.
Vorverkauf 11–1 Uhr.

Feinste fachmännische Maßanfertigung.
Schneiderei Lieferung
Auch Anfertigung bei Stofflieferung
G. Schmidt,
Herren- und Damen-Moden
Friedrichstr. 83 III

Erst-Jassige
Bromsilber-Postkarten nach der Originalaufnahmen von den Berliner
Revolutionskämpfen
empfiehl Händlern zu billigsten Preisen.
Photo-Verlag **Michaelis**
Berlin S 14, Neue Jakobstr. 12.

Homöopath.
Inst. Meißner
Müggelstr. 25 am Bahnhof Frankf. Allee
für Haut-, Harn-, Geschlechts- u. Frauenleiden, nerv. Schwäche Spez. veralt. Fälle bei schneller sich. u. schmerzl. Behandl. ohne Berufsstörung. – Ausk. kostenl. Sprechst. 10–1, 5–8. Sonnt. 10–12.

Facharzt
für Haut-, Harn-, Frauenleiden. Salvarsankuren. – Blutuntersuchung. – Schnellste Befreiung v. ansteckenden Krankheiten der Harnorgane u.
Dr. Millers Hof-consult **Jägerstr. 12**
11–1, 5–7. Sonntag 11–1.

Tier-Krankheiten
Erfolgreiche, abgekürzte Behandlung, mäßiges Honorar
Tierarzt Jüling
Lübbener Straße 20
Am Schlesischen Tor.
10–12, 4–6, Sonntags 11–1.

Achtung! Grünau
Spedition Freiheit Bergmann befindet sich Köpenicker Straße 92.

Vergnügungs-Palast „Groß-Berlin"
Hasenheide 13/15 Hasenheide 13/15
Inhaber: **Karl Knoppe**
früher: **Max Kliem's Festsäle**
Wiedereröffnung: Ostern 1919
Die eleganten Säle und Sommertheater sind an Gesellschaften und Vereine unter kulanten Bedingungen zu vergeben.

Film-Palast
Kellers-Festsäle,
Koppenstraße 29.
Grösste Sensation des Ostens
Allerneuste Schlager-Programme
Erstklassiges großes Orchester
Eröffnung demnächst!

Die weißen Blätter
EINE MONATSSCHRIFT
herausgegeben von René Schickele

Soeben erschien Heft 3 des 6. Jahrgangs

Mit Beiträgen von: Leo Tolstoj, Paul Cassirer, Hans Franck, Robert Walser, Ludwig Meidner, Theodor Däubler, Kurt Eisner, A. H. Fried

Preis vierteljährl. 5 Mark :: Einzelhefte 2 Mark
Durch jede Buchhandlung zu beziehen

VERLAG PAUL CASSIRER · BERLIN

PIANOS, FLUGEL neu und gebraucht
Römhildt A.-G., Leipziger Str. 119/120

Zähne 2 Mark! 4.— Mark
mit echtem
Friedens-Kautschuk
schöne, natürliche Farbe bei 5jähr. schriftlicher Garantie.
Zahnziehen mit örtlich. Betäubung nach bewährter Methode bei Bestellung von Gebissen gratis!
Spezialität: Zähne ohne Gaumen!
Echte Goldkronen von 20 Mark an.
Keine Luxuspreise.
Persönliche fachmännische Munduntersuchung und Rat kostenlos.
Zahnpraxis Danziger Strasse 1 Hatvani
Ecke Schönhauser Allee, Eingang Danziger Straße.
Sprechstunden von 9–12, 3–7, Sonntags und Feiertags 9–12.
In den letzten 2 Jahren über 2500 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.

PIANOS
Adam, Münzstr. 16
große Auswahl gebrauchter, in eigener Reparaturwerkstatt wie neu hergestellt, sowie **neuer** Pianos, Panzerplatte, weiße Filzs. Kopierbespannung 1800 Mark.
Klavierstimmer Adam, Münzstr. 16.

Berufs- und Amateurphotographen!
Photographische Aufnahmen von den Revolutionskämpfen gegen Bezahlung gesucht. Angebote, ev. mit Abzügen, welche zurückgesandt werden, an die Expedition der „Freiheit", Schiffbauerdamm 19, unter „15. 3. 1919" erbeten.

Spezial-Behandlung
von Geschlechtsleiden bei Männern und Frauen
gründlich und möglichst ohne Berufsstörung
C. Weißert, Berlin, Invalidenstr. 147, 1. Etg. Ecke Bergstraße. Spr. 10–12 u. 4–7. Sonnt. 10–12. Mittwochs geschlossen.
Viele Jahre in Krankenhäusern und Kliniken tätig gewesen.
Untersuchung kostenlos.

Wahlverein U.S.P. Zeuthen, Miersdorf.
Am Mittwoch, den 9. April
findet **kein Zahlabend** statt.
Der Vorstand.

Achtung! Achtung!
Männer, Frauen!
Am Donnerstag, 10. April, findet in Steglitz, in der Schulaula an der Heesestraße eine
öffentl. politische Versammlung
statt. Thema:
Politische Lage und der Kommunismus.
Kommunistische Partei (Ortsgruppe Steglitz).

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstraße 83–85.
Geschäftszeit von 9–1 Uhr und von 4–7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1300, 1987, 9714.

Achtung! Dreher! Achtung!
Bezirks-Versammlung
aller Betriebe des 1., 2., 3. u. 4. Bezirks, die weniger als 50 Dreher beschäftigen,
bei Böcker, Weberstr. 17.
Donnerstag, den 10. April, nachmittags 5 Uhr.

Desgl. 5., 8., 8a, 9. u. 10. Bezirk im Gewerkschaftshaus, Saal 1
Donnerstag, den 10. April, nachm. 5 Uhr.

Desgl. 6. u. 7. Bezirk im Lokal von Greifs Festsälen, Neukölln, Hermannstr. 166/67, Ecke Schierkestr.
Donnerstag, den 10. April, nachmittags 5 Uhr.

Desgl. 11., 12., 13. Bezirk im Lokal von Obst, Neue Rathaussäle, Schöneberg, Meiningerstr., Ecke Martin-Luther-Str.
Donnerstag, den 10. April, nachmittags 4 Uhr.

Desgl. 14., 16. u. 17. Bezirk im Lokal von Sand, Beusselstr. 9
Donnerstag, den 10. April, nachm. ½5 Uhr.

Desgl. 15., 18., 19. u. 20. Bezirk im Lokal von Uhde, Ackerstr. 6–7, Borussia-Festsäle.
Donnerstag, den 10. April, nachm. 5 Uhr.

Tagesordnung
in allen Versammlungen:
Unsere Lohnforderungen.
Pünktliches Erscheinen dringend erforderlich, da uns die Säle nur 2 Stunden zur Verfügung stehen.

Donnerstag, den 10. April 1919, abends 5 Uhr:
Branchen-Versammlung
der Maschinen-, Motor- und Autoschlosser
in den Musiker-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 18.
Tagesordnung:
1. Bericht der Kommission über die Verhandlungen mit den Unternehmern.
2. Diskussion.

Kollegen, die Versammlung wird pünktlich eröffnet, jeder erfülle seine Pflicht.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Metallarbeiter Achtung!
Die Anträge zu dem am 30. Juni 1919 in Nürnberg stattfindenden 10. Gewerkschaftskongreß müssen, da die Verwaltung und die am 27. April 1919 stattfindende Generalversammlung ordnungsgemäß Stellung dazu nehmen muß, bis zum 20. April 1919 an die Verwaltung eingesendet werden.
Name und Adresse des Antragstellers sind genau anzugeben.
Die Ortsverwaltung.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands,
Filiale Berlin. Sebastianstr. 37/38.
An Freitag, den 11. April cr., abends 7 Uhr in Boeckers Festsälen, Weberstraße
Versammlung
für die Herrenmaß- und Uniformbranche.
Tagesordnung:
I. Bericht über die Verhandlungen in Jena.
a) Abschaffung der Heimarbeit,
b) Einführung von Betriebswerkstätten mit Zeitlöhnen.
c) Weitere Teuerungszulagen.
II. Aussprache. Referent: Kollege Schumacher.
Mitgliedsbuch legitimiert ohne dasselbe oder mit mehr als 8 restierenden Wochen-Beiträgen kein Zutritt.
Die Ortsverwaltung.

Verband der Gastwirtsgehilfen
Verwaltung Groß-Berlin
N 24, Gollnstr. Str. 68, Aufg. B III. – Fernspr.: Nord. 904 u. 1813.
Große Versammlung
für alle männlichen und weiblichen Angestellten im Gastwirtsgewerbe
am Mittwoch, den 9. April 1919, nachts 11½ Uhr
in folgenden Lokalen:
1. Café Vaterland, Potsdamer Platz
2. Reichshallen, Dönhoffplatz
3. Lehrervereinshaus, Alexanderplatz
Tagesordnung: Die skandalöse Kündigungsbegründung des Tarifvertrages durch die Unternehmer.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltung Berlin.
Tel. Moritzpl. 10623, 8578 Bureau Berlin, Rungestr. 30
Außerordentliche Generalversammlung
Dienstag, den 15. April, abends 7 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Großer Saal.
Tagesordnung:
Beratung der Anträge zum Verbandstag.
Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Handlungsgehilfen
Ortsgruppe Groß-Berlin.
Freitag, den 11. April, abends 7 Uhr im großen Saal der „Börse", Burgstraße
Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. Kassenbericht für 1918.
2. Wahl des Aktionsausschusses.
3. Stellungnahme zum Verbandstag.
Zutritt nur gegen Vorzeigung des „Mitgliedsbuches."
Zentralverband der Handlungsgehilfen,
Berlin, Münzstraße 25.

Berlin-Wilmersdorf
Mittwoch, den 9. April, abends 7½ Uhr
4 Abteilungsversammlungen
in folgenden Lokalen:
Restaurant Piche, Paulsborner Straße 26;
Gröschke, Kaiserallee 209;
Schilling, Lauenburger Straße 21;
Maner, Durlacher Straße 7.

Freitag, den 11. April, abends 7½ Uhr
Versammlung der
„Freien sozialistischen Jugend"
im Restaurant Teichmann, Holsteinische Straße 1[illegible]
Vortragskursus des Genossen Zeiz:
„Die revolutionäre Entwicklung 1848—19[illegible]

Freitag, den 11. April, abends 7½ Uhr
Mitgliederversammlung der U. S.
in der Aula der Oberrealschule am Seepark, Ecke Augu[illegible]
„Die politische Lage" Referent: Genosse Dr. Her[illegible]

Am 1. Mai nachmittags 1–6 Uhr im „Waldpark"
Kinderaufführung (Volkstänze, Reigen usw.)
Abends 7½ Uhr in den Spichernsälen (Großer Saal)
Maifeier
Rezitationen, Konzert. Festrede: Genosse **Hugo Haase**.
Karten à Mk. 1.— im Parteibüro, Gieselerstraße 25 (Laden).
Die Genossen und Genossinnen werden gebeten, zahlreich an Veranstaltungen teilzunehmen und rege Propaganda zu treiben.

Deutscher Bauarbeiter-Verba[nd]
Zweigverein Berlin
Sektion der Putzer
Mitglieder-Versammlung
am Freitag, den 11. April, abends 7 Uhr
in Wilkes Festsälen, Sebastianstr. 39
Tages-Ordnung:
I. Stellungnahme zu der Lohnbewegung im Hochbaug[illegible]
II. Bericht von der Reichskonferenz der Stukkateure und [illegible]
III. Verschiedenes.
Bei der Wichtigkeit der Tages-Ordnung ist das Erscheinen [illegible] Kollegen erforderlich.
Mitgliedsbuch legitimiert, bei Arbeitslosen die Kontrollkarte.
Der Sektions-Vorstand.

Die Wahrheit über die Berliner Straßenkämpf[e]
48 Seiten. Preis 35 Pf. Aufl. 100 000 Exemp[lare]
Eine ausführliche Schilderung der letzten Berliner Ereignisse
Soeben erschienen. Zu beziehen durch unsern Verlag und Speditionen, Buchhandlungen, Zeitungshändler
Verlagsgenossenschaft „FREIHEIT" e. G. m. b. H.
Berlin, Schiffbauerdamm 19

Redakteur-Gesuch.
Wir suchen für unsere Redaktion einen
Redakteur
der in Politik und Ökonomie erfahren und imstande ist, den leitenden Redakteur zu vertreten. Antritt möglichst sofort oder doch baldigst. — Angebote werden an den Vorsitzenden der Preß-Kommission, **William Heyer**, Leipzig, Körnerstraße 32, erbeten.
Redaktion und Verlag der Leipziger Volkszeitung.

Für unsere neu gegründete Zeitung wird sofort, spätestens zum 1. Mai, ein
leitender Redakteur
gesucht.
Bewerbungen mit Angabe der bisherigen Tätigkeit, sind spätestens zum 20. April an unsere Geschäftsstelle Hannover Artilleriestraße 8 zu richten.
Reflektiert wird nur auf tüchtige Kraft!
Kennwort: Redakteur
Unabhängige Sozialdemokratische Partei
(Ortsverein Hannover-Linden).

D.W.F. [illegible]
Mittwoch, den 9. [illegible] 1 Uhr
Betriebs-Versamml[ung]
in der Krone, Moabit 48.
Der Arbe[illegible]

Die noch ausstehenden [illegible] beiter der
Berlin-Borsigwa[lder] Metallwer[ke]
welche noch keine [illegible] gefunden haben und [illegible] eingestellt werden, haben sich sofort bei [illegible] der Fabrik zu melden.
Berlin-Borsigwa[lder] Metallwerke.

Am 15. 4. 19. verlege meine Spedition von [illegible] straße 49 nach Schw[illegible] straße 5, Laden.

6. Wahlkreis U. S. P. [illegible] 22. Abt. Nr. 77[illegible]
Am Sonntag, den [illegible] April verstarb [illegible] Genosse, der Mau[rer]
Paul Kro[illegible]
Olawistr. 38.
[illegible] bre seinem Andenk[en] [illegible]
Die Beerdigung [illegible] am Mittwoch, den [illegible] 4. M., nachmittags [illegible] Uhr von der Leich[en]halle des Dankes[illegible] meinde Friedhofes Reinickendorf-West [illegible] statt. Um rege Beteil[igung] ersucht
Der Vorst[and]